

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 162

SONNTAG, 19. Juli 1936

Aus dem Inhalt:
Der kalte Putsch in Danzig
Die Rechte der politischen Flüchtlinge
Briefe, die uns erreichten
Die braunen Weisen von Zion

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Hitlers Hand auf Oesterreich

Freie Hand zur „friedlichen“ Durchdringung

Das Dritte Reich hat mit Zustimmung Mussolinis seine Hand auf Oesterreich gelegt. Mit der Anerkennung der Unabhängigkeit Oesterreichs durch Hitler ist Oesterreich endgültig in den faschistischen Revisionsblock hineingezogen. Die Verschacherung Oesterreichs an Hitler ist das Zeichen dafür, daß der machtpolitische Status quo in Mittel- und Südosteuropa völlig umgewälzt wird. Sie ist die Frucht der grundsatzlosen Politik der Westmächte in der Frage Abessinien, die Folge der Hitlerischen Rheinlandaktion vom 7. März.

Die Verschacherung Oesterreichs beruht auf Geheimabkommen zwischen Hitler und Mussolini, zwischen beiden und Schuschnigg. Die wichtigsten Gegenstände dieser Geheimabkommen sind nicht bekannt. Die Gefahren, die sie mit sich bringen, sind so ernsthaft, daß dies Ereignis überall mit jener vorsichtigen Zurückhaltung aufgenommen worden ist, die hochexplosiblen Stoffen gegenüber angebracht ist. Die Rückwirkung auf die gesamte europäische Politik wird groß sein. Es ergeben sich neue Perspektiven und Möglichkeiten, neue Konstruktionen — alle in der Richtung einer Zerreißung Europas in zwei Lager, einer Neubelebung des mitteleuropäischen Revisionismus. Um diese Perspektiven wird noch lange diskutiert werden. Aber die Dinge sind so ernsthaft, daß die Prüfung der Gegenwart nicht hinter der Erörterung der Frage verschwinden darf, was in Zukunft sein könnte. Was heute bereits sichtbar ist, ist alarmierend genug.

Diese Geheimabkommen sind aus der gesamteuropäischen Konstellation herausgewachsen und werden auf sie zurückwirken. Gegen die Pläne einer Organisation des Donauraums im Geiste der kollektiven Sicherheit setzt sich eine Politik der Aufteilung in Interessensphären der beiden Raubmächte Deutschland und Italien durch, die ohne Rücksicht auf den Völkerbund und die Völkerbundsstaaten die Führung der Politik in Mitteleuropa an sich reißen. Was unter ihrer Führung dort geschieht, hat mit der Friedensidee des Völkerbundes, mit dem Gedanken der kollektiven Sicherheit, mit allen Plänen und Projekten, die auf diese Ideen gegründet worden sind, nichts, gar nichts gemein. Es ist die andere Linie, es ist die faschistische Alternative der europäischen Politik.

Der Vergleich der neuen Konstellation mit dem Dreibund liegt nahe, und die Parallele ließe sich weit ausspinnen, angefangen von Viktor Emanuel III., der bereits Partner des alten Dreibunds war, bis zu den inneren Spannungen und Gegensätzlichkeiten, die im neuen Dreibund die gleichen sind wie im alten. Aber noch läßt sich keineswegs beurteilen, ob die neue deutsch-italienische Entente auch nur auf Monate halten wird. Es ist viel zu wenig über den wahren Inhalt des deutsch-italienischen Geheimabkommens bekannt, als daß man beurteilen könnte, ob diese Entente in erster Linie dem Bluffen der Westmächte und vor allem Englands dienen soll, oder ob sie als Dauereinrichtung gedacht ist. Nur eines ist sicher: wer darin, und vor allem in dem Abkommen mit Oesterreich, einen Schritt zum Frieden erblickt, der steckt den Kopf in den Sand.

Das österreichisch-deutsche Verhältnis wird sehr rasch zu einem Herrschaftsverhältnis werden. Der »Brückenschlag«, der 1933 so gründlich gescheitert war, wird jetzt unternommen. Dieses unglückliche Land Oesterreich ist seit langem ein wil-

denloser Spielball der Mächtigen. Mussolini hat seine Hand auf dies Land gelegt in einem Zeitpunkt, als das grandiose Unverständnis der französischen Politik für die demokratischen Positionen in Mitteleuropa dem Faschismus freie Hand gab. Er hat jene Provokationspolitik veranlaßt, die zum Februaufstand von 1934 führte. Seitdem ist das Land der Zankapfel zwischen Hitler und Mussolini gewesen, und seine Stellung ist allen Schwankungen der faschistischen Machtpolitik getreulich nachgefolgt. Es war eine europäische Mandschurei und wird es in Zukunft erst recht sein. Das neue Abkommen gibt ihm nichts weniger als wirkliche Unabhängigkeit!

Dem ersten Anschein nach könnte man die gegenwärtige Stellung Oesterreichs als ein Kondominium der beiden faschistischen Mächte Deutschland und Italien bezeichnen. Bei näherer Prüfung erkennt man, daß binnen kurzem die Macht Deutschlands in Oesterreich viel größer sein wird als der italienische Einfluß. Der Vasall wechselt den Herrn.

Vor einiger Zeit, unmittelbar nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Oesterreich, wurden Gerüchte laut über einen Putschplan der »national betonten Kreise« in Oesterreich, also der Freunde des Dritten Reichs. Es wurden Namen genannt und Etappen des Machtübergangs bezeichnet, bei dem die Verbindungen des deutschen Generalstabs in Oesterreich die Hauptrolle spielten. Nun, diese Männer sind heute in die österreichische Regierung aufgenommen, und wichtige Etappen dieser Pläne sind ohne eklatanten Putsch auf

dem Verhandlungswege bereits erreicht. Auch in diesen Plänen war das Ziel nicht der formelle Anschluß, die Annektion, sondern die Gleichschaltung des Heeres und der Außenpolitik — von den inneren Verhältnissen gar nicht zu reden. Diese Gleichschaltung marschiert nun mit Riesenschritten, und die offiziellen Erklärungen lassen erkennen, wie weit sie schon gediehen ist. Zwischen den österreichischen, deutschen und italienischen Erklärungen über die Abkommen bestehen bemerkenswerte Unterschiede. Die deutschen Erklärungen zeichnen sich vor denen der anderen durch brutale Deutlichkeit aus, und was ihnen noch fehlt, ergänzt die dirigierte Presse.

Der Versuch der österreichischen Diktatur, eine eigene österreichische Ideologie als Basis ihrer Herrschaft und der Selbständigkeit Oesterreichs zu schaffen, bricht angesichts dieser Erklärungen in sich zusammen. Die ideale Grundlage des Abkommens ist nicht diese Dollfuß-Schuschnigg-Mentalität, sondern die Mentalität der österreichischen Großdeutschen, jener Partei, die bei Hitlers politischen Anschauungen Pate gestanden hat. An die Stelle der Lehre von der besonderen österreichischen Eigenart tritt die Lehre vom Volkstum im Geiste Hitlers, und es ist bemerkenswert, daß Hitlers Telegramm an Schuschnigg von der »rassischen« Zusammengehörigkeit der beiden Völker spricht, auf die künftig ihre Politik gegründet werden soll. Es ist eine ideologische Kapitulation vor dem Nationalsozialismus.

Es ist deshalb gänzlich verfehlt, wenn man in diesem Abkommen eine Preisgabe

der österreichischen Nationalsozialisten durch Hitler erblickt. Der Putsch vom 25. Juli 1934 hat schon gezeigt, welche Rolle dem nationalsozialistischen Lärm, und welche Leuten vom Schlage Rintelsens zugewiesen war. Die ernsthaften und gefährlichen Nationalsozialisten in Oesterreich sitzen heute im Lager der »Nationalbetonten«, und sie sind es, die jetzt den Ton in der österreichischen Regierung angeben. Und wie wird die vermeintliche Preisgabe der Nationalsozialisten aussehen, wenn erst die österreichische Legion auf Grund der Amnestie nach Oesterreich zurückkehrt! Das Dritte Reich hat sich seine Einflusssphäre gesichert! Die »Frankfurter Zeitung« (Nr. 354) unterstreicht, was die amtlichen Mitteilungen nur andeuten. Sie beruft sich auf die Rede Hitlers vom 21. Mai 1935 und fährt dann fort:

»Adolf Hitler verwies dann auf die Schweiz und auf unser ungestörtes Verhältnis zu diesem Land, ungestört, weil die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Schweiz eine tatsächliche ist und weil niemand zweifelt, in ihrer Regierung den wirklichen legalen Ausdruck des Volkswillens zu sehen.« Damit war gesagt: eine wirkliche Unabhängigkeit Oesterreichs und eine auf dem freien österreichischen Selbstbestimmungsrecht basierte Lösung wird Deutschland immer respektieren. Daß diese Unabhängigkeit heute besteht, beweist der Vertragsabschluss, bei dem weder Herr Beneš noch sonst jemand Pate gestanden hat — daß aber die österreichische Regierung mehr als bisher die politische und geistige Verbindung mit einem möglichst großen Volksteil suchen wird, dürfte eine der internen öster-

Die braune Terrorjustiz arbeitet

Hamburger Sozialdemokraten zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt

Hamburg, Anfang Juli 1936.

Hamburg, die Welthafenstadt, war immer eine Hochburg der Sozialdemokratie. Auch nach der »Machtergreifung« Hitlers, aber hemmungsloser und brutaler Terror der SA- und SS-Banden sollten die sozialistische Arbeiterschaft Hamburgs in die Knie zwingen. Was nicht gelang. Auch jetzt noch liegt das Schwergewicht der inneren Politik im Dritten Reich nach wie vor im Kampf gegen den »Staatsfeind«. In den letzten Tagen wurden wieder eine Anzahl Hamburger Sozialdemokraten von der Gestapo verhaftet. Inzwischen arbeitet die braune Justizmaschine noch Fälle zur Aburteilung auf, die schon seit vielen Monaten zurückliegen. Vor dem Oberlandesgericht in Hamburg, das unter seinem berechtigten Senatspräsidenten schon barbarische Zuchthausstrafen gegen sozialdemokratische Funktionäre verhängt hat, standen vor einigen Tagen — am 30. Juni 1936 — sechs Hamburger Sozialdemokraten. Der braune Justizterror hat neue Opfer gefordert. Das Oberlandesgericht Hamburg hat fünf Kameraden zu hohen Zuchthausstrafen und einen weiteren zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Die Anklage lautete auf Hochverrat und behauptete, daß die Angeklagten versucht hätten, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands neu aufzubauen, und daß sie gleichzeitig für die Angehörigen der im Konzentrationslager und Gefängnis sitzenden Familienväter Gelder gesammelt und verteilt hätten. Der Staatsanwalt beantragte gegen die sechs Angeklagten 25 Jahre und 6 Monate Zuchthaus. Das Urteil lautete:

Arthur Jessen, Flensburg, 4 Jahre Zuchthaus,
John Kienov 4 Jahre Zuchthaus,
Emil Göthel 4 Jahre 6 Monate Zuchthaus,
Franz Trümmer 4 Jahre 3 Monate Zuchthaus,
Krüger 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus,
Bartrück 2 Jahre 6 Monate Gefängnis.

Die zu Zuchthaus verurteilten Kameraden erhielten weiter 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Gegenüber dem festentschlossenen Kampfwillen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Hamburgs ist die Waffe des brutalen braunen Terrors längst stumpf geworden. Immer wieder stehen die mutigen Kämpfer gegen das Hitler-Regime auf!

Edgar André

In Hamburg ist der Kommunist Edgar André wegen Hochverrat und Mord zum Tode verurteilt worden. Sein Hochverrat soll darin bestanden haben, daß er den Roten Frontkämpferbund nach dem Verbot von 1929 weitergeführt hat. Des Mordes aber wurde er deshalb für schuldig erklärt, weil in den Kämpfen, die sich damals zwischen Roter Front und SA abspielten, auch einige Nationalsozialisten zu Schaden gekommen sind. Für diese Taten macht man den Verurteilten verantwortlich, indem man annimmt, daß er zur Zeit, da sie begangen wurden, Leiter des Roten Frontkämpferbundes gewesen sei. In Wirklichkeit war er das gar nicht, ja er hat sich während eines Teils der kritischen Zeitperiode sogar im Ausland befunden.

Der Prozeß, der gegen André geführt

wurde, ist ein einziger großer Betrug an der Öffentlichkeit. André gehört schon seit mindestens fünf Jahren zu den Personen, deren Kopf von der braunen Feme gefordert wird. Damals drangen die Mordgesellen in einen Autobus und erschossen den kommunistischen Stadtverordneten Hennig, den sie mit André verwechselten. Diese wirklichen Mörder befinden sich natürlich jetzt in Freiheit und genießen mit Tausenden von Hitlerkameraden gleichen Kalibers alle Ehren des Dritten Reichs. Was ihnen damals mißlungen war, das auszuführen, waren jetzt die Hamburger Richter beauftragt, und sie haben sich dieses Auftrages pünktlich entledigt, wie nicht anders zu erwarten war. Sind es doch dieselben, die auch für die Abschichtung von Fiete Schulz die gewünschten juristischen Prozeduren vorgenommen haben.

Die Männer im schwarzen Talar sind nur Ersatz für die Männer in schwarzer Uniform. Und doch muß man sagen: Ein Schuß, sogar ein Schuß aus dem Hinterhalt, ist ehrlicher als eine solche Justizkomödie mit vorgeschriebenem Todeserfolg. Dagegen müßte die ganze Welt aufstehen, um diesem System seine Schande ins Gesicht zu schreiben. Aber während der Henker wieder einmal das Beil schärft, um den Nacken eines Unschuldigen zu treffen, rüstet diese Welt — zur Olympiade in Berlin!

religiösen Begleiterscheinungen der Verständigung mit dem Reich sein.

Die wirkliche Unabhängigkeit wird also durch die Abhängigkeit vom Dritten Reich manifestiert, und die Koalition mit den österreichischen Nationalsozialisten ist die Grundlage des Handels! Der Grundsatz der Unabhängigkeit und der Nichteinmischung ist so zu verstehen, daß die Einmischung in die inneren Verhältnisse Oesterreichs auf Grund eines Geheimabkommens erfolgt. Welche Punkte dieses Geheimabkommens umfaßt, läßt ebenfalls die »Frankfurter Zeitung« erkennen:

»Im einzelnen sind zahlreiche Fragen zu beantworten, von der bisherigen Grenzsperrung (die natürlich fallen wird) bis zu Presse- und Kulturangelegenheiten, von den Wirtschafts- bis zu den Regierungsproblemen, von den Emigrantenfragen bis zu den Angelegenheiten des nationalen und individuellen Taktens der beiderseitigen Staatsangehörigen. Die Grundsätze für diese Regelungen ergaben sich aus der Natur der Sache.«

Das heißt Unabhängigkeit, daß Deutschland die Männer seines Vertrauens in der österreichischen Regierung bezeichnet hat! Diese Andeutungen lassen bereits erkennen, welche Art von Vertrag die Regierung Schuschnigg mit Hitler geschlossen hat. Es ist ein Vertrag zwischen Tiger und Schaf. Ein Vergleich liegt nahe: Der Pakt Hitler-Papen-Schuschnigg entspricht dem Pakt Hitler-Papen-Hugenberg aus dem Anfang des Jahres 1933. Herr Schuschnigg wird sehr rasch die Erfahrungen der Deutschnationalen wiederholen — um so mehr, da das Dritte Reich bereits mächtige Stützpunkte in der österreichischen Wirtschaft besitzt. In der österreichischen Schwerindustrie ist die Alpine Montan führend, die in engsten Beziehungen zur deutschen Schwerindustrie steht, und die Mittelpunkt und Hauptstütze des Naziputsches vom 25. Juli 1934 gewesen ist. Bei der Neugestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen wird sie wieder im Mittelpunkt stehen. Neugestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen ist überhaupt nicht nur im Geiste der Friedenswirtschaft zu verstehen, sondern es bedeutet vor allem, daß Oesterreich einbezogen wird in das deutsche Rüstungssystem und Rüstungsgeschäft — ebenso wie es bereits mit Ungarn geschehen ist. Die vom Dritten Reich garantierte Unabhängigkeit Oesterreichs besteht also darin, daß Oesterreichs neue Wehrmacht und kriegerische Potenz in unlösbare Abhängigkeit vom deutschen Rüstungssystem gebracht wird.

Es handelt sich also um etwas ganz anderes, als um eine Garantie des Friedens oder um eine Garantie des Status quo oder um eine Respektierung der Unabhängigkeit Oesterreichs. Es handelt sich um ein echtes Bündnis, um eine militärische Allianz, die zugleich der Großmacht die Gelegenheit zur völligen inneren Gleichschaltung des Zwergpartners verschafft. Aus diesem Verhältnis müssen die Erklärungen über die künftige Außenpolitik Oesterreichs verstanden werden. Diese Erklärungen lassen ein bemerkenswertes Tempo der Entwicklung erkennen. Die erste Wiener Erklärung sprach noch davon, daß die römischen Protokolle die unveränderliche Grundlage der österreichischen Außenpolitik sein würden. In den Erklärungen von Göbbels jedoch waren die römischen Protokolle in den Hintergrund geschoben und die Versicherung, daß Oesterreich seine Außenpolitik als deutscher Staat führen werde, in den Vordergrund. In derselben Richtung gehen die Erklärungen des neuen »national betonten« Staatssekretärs im Wiener Außenministerium und vor allem die des Bundeskommissars Oberst Walter Adam: »Wir wissen uns mit der Außenpolitik des Deutschen Reiches solidarisch.«

Das ist eine lapidare Erklärung, die den vollständigen Szenenwechsel erkennen läßt. Solidarisch mit der deutschen Revisionspolitik, solidarisch mit der Absage an den Völkerbund, solidarisch mit der Expansionspolitik, die den Balkan zur deutschen Einflußsphäre machen will! Solche Solidarität ist nur möglich um den Preis der völligen Unterwerfung des Schwachen unter den Starken. Wie aber, wenn die Außenpolitik Hitlers der Mussolinis nicht mehr parallel läuft? Diese Erklärung ist vor allem eine ungeheuerliche Provokation des Völkerbundes. Aber der Völkerbund hat aufgehört. Subjekt der europäischen Politik zu sein, er ist nur noch das Objekt, an dem die Trabanten der Raubmächte

Der kalte Putsch in Danzig

Die verfassungstreue Opposition unter Terror

Das Auftreten Greisers in Genf ist der Auftakt zu einem Unterdrückungsfeldzug gegen die verfassungstreue Opposition in Danzig gewesen. Der kalte Putsch ist in vollem Gange.

Alsbald nach den Genfer Vorgängen haben die in der Oppositionsfront vereinigten Parteien: Sozialdemokratie, Zentrum und Deutschnationalen einen gemeinsamen Aufruf an die Danziger Bevölkerung erlassen, in dem sie dagegen Verwahrung einlegen, daß der Senatspräsident Greiser Erklärungen im Namen von 400.000 deutschen Menschen abgibt. Sie protestieren gegen die in aller Öffentlichkeit gegen die Opposition erhobenen schweren Vorwürfe, als wäre sie verbrecherisch und in schamlosester Weise Terror ausübe und Unruhe stifte. Die Oppositionsparteien stellen ausdrücklich fest, daß die Danziger Verfassung mit den gegenwärtigen Garantien des Völkerbundes nach Innen und nach Außen den stärksten und wirksamsten Schutz für die Erhaltung der Freien Stadt darstelle und sich durchaus bewährt habe. Gleichzeitig sprechen die verfassungstreuen Parteien die Erwartung aus, daß man jetzt der Bevölkerung von Danzig so rasch wie möglich Gelegenheit geben würde, in freier und geheimer Wahl ihren Willen zur Aufrechterhaltung

der Danziger Verfassung zu bekunden. Eine Neuwahl des Volkstages werde den Beweis dafür erbringen, daß der Nationalsozialismus nicht mehr im Namen der Mehrheit der Danziger Bevölkerung auftreten könne.

Dieser Aufruf und die wahrheitsgetreue Veröffentlichung der Genfer Vorgänge hat dem Danziger Polizeipräsidenten den Vorwand zur Unterdrückung der gesamten oppositionellen Presse gegeben.

Die »Danziger Volksstimme« ist auf die Dauer von fünf Monaten verboten worden, ebenso das Organ der Deutschnationalen, die »Danziger Nationalzeitung«.

Das Organ des Zentrums, die »Danziger Volkszeitung«, ist ebenfalls verboten worden, darf jedoch wieder erscheinen, nachdem sie die Erklärung abgegeben hat, daß sie sich mit Angelegenheiten der inneren Politik nicht mehr beschäftigen werde.

Die den Deutschnationalen nahestehenden Hausbesitzerverbände in Danzig sind aufgelöst worden. Es wird eine Zwangsorganisation geschaffen, die unter nationalsozialistischer Führung steht.

Hinzukommt, daß in den letzten Tagen über 150 Personen, darunter auch führende Persönlichkeiten der verfassungstreuen Opposition, in Haft genommen worden sind. Alle diese Maßnahmen sind scharfe

Rechts- und Verfassungsbrüche. Der Völkerbund hat Polen beauftragt, für den Schutz des Rechts in Danzig zu sorgen. Die polnische Regierung läßt jedoch erkennen, daß sie nur ihre eigenen Rechte schützen will, nicht aber die verfassungsmäßigen Rechte der Danziger Bevölkerung. Die polnische halbamtliche Agentur »Iskarcac« erklärt kühl:

»Man sieht bei den maßgebenden Stellen keine Veranlassung, den Beschützer der Danziger Oppositionsparteien zu spielen, mit denen eine praktische und gedeihliche Zusammenarbeit doch nicht möglich erscheint.«

Ähnlich äußert sich der dem Regierungslager nahestehende »Kurjer Poranny«:

»Es interessieren uns nicht die Streitfälle und Gegensätze, die sich auf Danziger Gebiet zwischen der dort herrschenden nationalsozialistischen Partei und deren Opposition ergeben können.«

Der Völkerbund hat einen dreigliedrigen Ausschuss zur Ueberwachung der Danziger Vorgänge eingesetzt, in dem England, Frankreich und Portugal vertreten sind. Wenn Polen keine Anstalten macht, die Verfassungsgarantie des Völkerbundes zu verwirklichen, so wird es die Aufgabe dieses Ausschusses sein, Polen an seine Verpflichtung zu mahnen — es sei denn, daß der Völkerbund auch in der Frage Danzig seine völlige Ohnmacht demonstrieren will!

ihre Provokationen üben, um ihre gute faschistische Gesinnung zu beweisen.

Dieser angebliche Schritt zum Frieden ist die Wiederherstellung der Unsicherheit der letzten Vorkriegsjahre. Er ist eine Overtüre. Denn nun wird sehr bald die Welt erleben, was die »Dynamik« des Dritten Reichs bedeutet!

Deutsche Streiflichter Deutscher Arbeiterbrief

»...Also jetzt ist der große Arbeitsfronthäuptling Robert Ley auf seiner großen Deutschlandreise durch die Betriebe auch bei uns wieder mal gewesen, aber hier war die Versammlung gar nicht in einem Betrieb, sondern in der städtischen Festhalle, die Du ja gut genug kennst. Es wurden zunächst mal in den Buden Delegationen zusammengestellt, und daß dabei nicht gerade die Unzuverlässigsten genommen wurden, brauche ich Dir nicht weiter zu schildern. Die wurden aber nun nicht etwa einfach als Delegierte in die Versammlung geschickt, weil vielleicht doch mancher nicht gekommen wäre, sondern man ist auf eine ganz eigenartige und neue Methode gekommen, sie sicher in die riesige Halle zu bringen und gleichzeitig noch den üblichen Reklamezint mit ihnen zu machen. Man stellte die ausgewählten Vertrauensleute usw. gruppenweise zusammen und führte sie wie Pfingstochsen mit großem Tschingdera durch die Stadt zum Lokal. Dasselbe geschah auch mit den von auswärts eingetroffenen Delegationen. Du mußt nämlich wissen, daß man Vertrauensleute, Betriebszellenobleute usw. aus dem ganzen Gebiet, nicht nur aus der Stadt und der Umgegend zusammengetrommelt hatte, und so wurde denn die Geschichte gleichzeitig für die Auswärtigen so etwas wie ein bißchen »Kraft durch Freude«. Es waren aber nicht nur die Arbeiterdelegationen da, sondern auch die Spitzen der Behörden und die ganze Partei-Bürokratie und Bonzokratie, auch Beamte und Unternehmer, jetzt Betriebsführer genannt, seitdem der Klassenkampf abgeschafft ist, und schließlich auch noch ein paar Offiziere, darunter ein leibhaftiger General, der ebenfalls den Volksmann und Arbeiterfreund markieren mußte und am Schluß »den Leuten« klar zu machen hatte, daß sie jetzt nicht mehr für das Kapital, sondern für das Vaterland und die allgemeine Wohlfahrt und für Gemeinnutz gegen Eigennutz arbeiten, und daß das Heer der Waffe und das Heer der Arbeit, welches erst die Waffen schmiedete, zusammen gehören. Der General muß, wie mir erzählt worden ist, das Interessanteste an der ganzen Geschichte gewesen sein, denn den Quatsch von Ley über Schicksalsgemeinschaft und Volksgemeinschaft und Betriebsgemeinschaft, und was wir alles unserem herrlichen Führer verdanken, durch den Herr Ley, wie er wieder herbetete, seinen Herrgott wieder gefunden hat, haben wir nun schon immer in den Zeitungen gelesen. Was Du aber von Begeisterung liest, ist Schwindel, und außer den Kommandierten würde heutzutage kein Mensch mehr zu einer Ley-Versammlung gehen geschweige denn noch Stra-

ßenbahn dafür ausgeben, um eine »Kampfrede« des Herrn Rittergutsbesitzers anzuhören, zumal in hiesiger Gegend, wo sich doch auch noch viele Nazis daran erinnern müssen, wie der Chemiker Ley durch die Dörfer fuhrwerkte und den Stehtragenproletarier markierte, was er ja damals als guter Kunde des Gerichtsvollziehers auch war. Von der Ley-Versammlung hat im Betrieb eigentlich niemand gesprochen oder doch nur höhnisch, aber die Diskussionen über die Streiks in Frankreich und in Belgien sind immer noch das Hauptthema, wie ich es Dir neulich schon geschildert habe, aber man hört auch viel unverständliches Zeug daherreden, weil man ja gar keine Gelegenheit hat, in größerem Kreise mit Aufklärung einzugreifen. Jedenfalls ist die Stimmung mau, denn man merkt eben, daß es einem immer schlechter geht, und das ist eigentlich das Tagesgespräch, wohin man kommt um sich herum hört, und da läßt sich auch immer mit der Aufklärung einhaken, während namentlich bei den jüngeren Leuten in richtigen politischen Fragen ein Stumpf sinn herrscht und ein Biödsinn verzapft wird, den selbst Du Dir nicht vorstellen kannst. Was Dir...berichtet hat, daß unsere Genossen feststehen und ich möchte beinahe sagen, unsichtbar zusammen halten, kann ich Dir auch noch von uns bestätigen. Du mußt natürlich nicht glauben, daß ich an frühere Wahlen oder an so etwas denke, aber wenn man es sich mal ausmalen würde, sage ich Dir, daß wir Sozialdemokraten eher mehr als weniger Stimmen kriegen würden. Der alte...und...sind noch immer eingelocht, sollen jetzt vorkommen, wegen verbotener Sammlungen. Der alte...war doch nun schon im Konzertlager und ein paar mal im Gefängnis und hat sicher nichts getan, es ist für den kranken Mann und seine Frau schwer...«

„Hohe kirchliche reichsdeutsche Stelle“

Wenn man in Gefahr wäre, die große Mehrzahl der deutschen Bischöfe und ihre nächsten Berater als wirkliche Glaubensstreiter einzuschätzen, würden die Tatsachen einen immer wieder eines Besseren belehren. Jetzt hat sich eine »hohe kirchliche reichsdeutsche Stelle« sogar einen der ältesten und übelsten Nazi-Gaunertricks zu eigen gemacht, auf den vor allem Hermann Göring Autorenrechte hat: die Geschichte von den verkappten Marxisten, die sich als Brandstifter, Mordbrenner und Totschläger betätigen, um die edlen Lichtgestalten des Nationalsozialismus zu kompromittieren. Man sollte es nicht für möglich halten: dreieinhalb Jahre nach dem Reichstagsbrand, genau zwei Jahre nach dem 30. Juni 1934 mit dem Abknallen auch katholischer Führer und der Erklärung Hitlers, diese Morde seien »rechtens«, schießt eine hohe kirchliche reichsdeutsche Stelle, die in den Kreisen der deutschen Bischöfe zu suchen ist, einen Rechtfertigungsaufsatz für Hitler an die katholische Presse im Auslande. Hitler? Der gehört nach dieser bischöflichen Erklärung zu dem guten hochanständigen, konservativen Teil der nationalsozialistischen Bewegung. Er kann aber leider nicht, wie er will, denn diese gute (be-

kanntlich katholisch getaufte und erzogene und noch heute der Kirche angehörige) Seele ist in der Gefangenschaft von Marxisten und Bolschewiken, die immer stärker in die Bewegung Hitlers einbrechen. Wer ist für die Kirchenverfolgungen, für den Bruch des Konkordats verantwortlich? Hören wir wörtlich die »hohe reichsdeutsche kirchliche Stelle«:

»Es sind jene linksradikalen Elemente, die leider besonders seit 1933 in der nationalsozialistischen Partei bis in die obersten Posten der Ministerien hinauf einen Unterschlupf gefunden haben. Leute, die gestern noch Bolschewiken waren, oder es auch heute noch im braunen Kleide sind, vaterlands- und ehrlose Gesellen, die ganz im Sinne des Marxismus nur von der Massenpsychose leben.«

Wahrscheinlich kommt sich dieser katholische Glaubensheld besonders schlau vor, wenn er so dreierlei in frommem Eifer herbetet: die Ehrenrettung des »Führers«, dessen bewaffnete terroristische Autorität der hohen kirchlichen Stelle immer noch lieber ist als eine verrückte »freimaurerische« Demokratie; 2. eine zwar unwirksame, aber doch das fromme Gemüt erleichternde Verleüderung der antikirchlichen Kulturkämpfer im Nazikleide und 3. und hauptsächlich: den alten, beschränkten, sturen Haß gegen den »Marxismus«, richtiger gegen Selbstbewußtsein und Selbstdenken der Arbeiter. Dieser Haß lebt wie einst in so manchem dieser Herren, die sich durch eine freie Arbeiterbewegung mehr beunruhigt fühlen als durch den Hitlerschen Kulturkrach, den sie für eine vorübergehende Erscheinung halten.

Rebellierende Bauern

Daß die große Mehrzahl der Bauern zu den Enttäuschten gehören, melden alle Berichte aus dem Reich. Bauernversammlungen sind keine Annehmlichkeiten für die Parteiredner, die auf dem Dorfe Adolf Hitler und seinem Darré loben sollen. Die Diktatur stößt gerade auf dem Lande immer wieder auf Aufässige, und Verteidiger haben die Nationalbonzen dort gewiß nur wenige. Zwei Einzelfälle zeigen, wieviel Erbitterung in deutschen Bauern leben muß: Neulich schmückte in einem westdeutschen Dorf ein Landwirt sein Rindvieh mit der hakenkreuzerischen Reichsfahne und fuhr damit durch den Ort. Kein Bauer protestierte. Der Lehrer als Staatsknecht und Parteientantel veranlaßte die Festnahme. Sollte der Rebell lebend aus den Händen der Gestapo zurückkommen, wird sein Ansehen bei den Bauern, nicht aber das des Hakenkreuzes gewachsen sein. In Pommern weigerte sich ein Bauer, der turnusgemäß die Anfahrt der im Dorfe gesammelten Milch zu erledigen hatte, den Auftrag auszuführen. Er ließ die 200 Liter auf der Straße stehen, wo sie verderben. Es handelt sich hier nicht darum, ob solche Rebellen immer richtig handeln und ihre Beweggründe gemeinnützig sind. Ihre Auflehnung ist jedenfalls ein Beweis für das Mißtrauen gegen den Nazistat und für eine Verzweiflungstimmung, die in einzelnen trotzigen Köpfen vor dem Letzten nicht mehr zurückschreckt.

Hannes Wink.

Die Mit-Ganoven der Junker

Zum Ende der Osthilfe

Das Ende der Osthilfe wird vom »Nationalsozialistischen Wirtschaftsdienst« in einer Darlegung behandelt, die den Gipfel nationalsozialistischer Heuchelei darstellt. Es heißt darin:

»Damit schließt eines der unerfreulichsten Kapitel der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Tatsache ist, daß von den durch die Osthilfe gegangenen Betrieben (80.000) die ganz überwiegende Zahl Großbetriebe waren, die in der Hauptsache durch eigene Schuld der Eigentümer in Schwierigkeiten geraten sind. Daß man auf höheren Einfluß so weit ging, die Osthilfe bis auf Brandenburg und die Provinz Sachsen östlich der Elbe auszuweiten, ist eine Groteske, die ihresgleichen nicht hat, denn Güter mit staatlichen Mitteln zu entschulden, die unmittelbar vor den Toren der Stadt Berlin mit seinen fast 4 1/2 Millionen Verbrauchern liegen, übersteigt das erlaubte Ausmaß wirtschaftlicher Unvernunft beträchtlich.

Leider ist ja nur zu bekannt, daß seinerzeit von einer sehr hohen Stelle aus — einer Stelle, deren eigene wirtschaftliche Urteilsfähigkeit peinlich gering, deren Beeinflussbarkeit ebenso groß war — die Osthilfe zu einem Instrument sich immer noch privilegiert vorkommender Kräfte gemacht worden ist. Wer glaubt, daß in der Bevölkerung die Erinnerung an diese Dinge erloschen ist, der täuscht sich völlig. Selbst die Landabgabe zu Siedlungszwecken ist, obwohl gesetzlich vorgesehen, bei den Osthilfeverfahren immer wieder hintertrieben worden.

Das, was sich in der großen Krise als lebensunfähig herausgestellt hat, ist der ostelbische Großgrundbesitz gewesen. Die Zukunft wird lehren, daß bis auf hervorragend tüchtig geleitete Betriebe er auch jetzt nicht mehr lebensfähig ist. Überall, wo man hinsieht, ist zu erfahren, daß der Mangel an Arbeitskräften bei Großbetrieben empfindlich ist. Die Aufgabe besteht nicht darin, wie es der Großgrundbesitzer immer noch gern möchte, die Bevölkerung in die Landarbeit dieser Art hineinzuzwingen, sondern die Aufgabe ist die, durch Aufsiedlung eine totale Strukturänderung innerhalb der Landwirtschaft herbeizuführen.

Wenn die Osthilfe jetzt erliegt, so ist die Frage der Siedlung noch für lange Zeit eine der dringlichsten Aufgaben. Sie ist ein wirtschaftspolitisches Mahnmal, nachdem die Osthilfe, obwohl die Möglichkeit dazu vorlag, nicht zum Instrument der Siedlung geworden ist.

Tatbestand ist: Hitler ist von den Interessen der Osthilfe in die Macht geschoben worden, damit er der Osthilfe-Enthüllung ein Ende mache.

Sofort nach seiner Machtergreifung ist die Osthilfe-Untersuchung niedergeschlagen worden. Hitler hat dem ostelbischen Grundbesitz drei Jahre lang die Sanierung auf Kosten des Volkes finanziell gesichert, und noch jetzt — nach dem Auslauf der Osthilfe — will man noch rund ein Jahr lang, bis zum 1. April 1937, Osthilfe leisten, bis alle, die Geld haben wollten, es auch erhalten haben werden.

Man hat drei Jahre lang keine der in der Osthilfe liegenden Möglichkeiten ausgenutzt, Bauernland vom Großgrundbesitz wegzunehmen, man hat vielmehr die Siedlung systematisch sabotiert.

Aber jetzt rechnet man mit der Unorientiertheit des Volkes und läßt das Blaue vom Himmel herunter. Dabei bekommt Hindenburg noch den verdienten Tritt — obwohl Hitler ihm unentwegt Kränze am Grabe niederlegen läßt!

Eine Rotte von Verworfenen

»Draußen im Reiche verlautele freilich von dem Glanze des Berliner geistigen Lebens und von den Verdiensten der preußischen Verwaltung weit weniger als von den albernen Sünden der Demagogie, welche den Ruhm der hohenzollernschen Krone befleckten. Nirgendwo sonst in Deutschland wurde die politische Verfolgung so unerbittlich betrieben. Es lag im Wesen des starkknochigen Staates, daß hier alle deutschen Tugenden kraftvoll und mächtig, aber auch alle deutschen Sünden schlechthin ruchlos zutage traten. Fünf Jahre lang durfte eine Rotte von Verworfenen und Verblendeten das kleinliche Mißtrauen, das dem bürokratischen Absolutismus überall anhaftet, für ihre unheimlichen Zwecke ausbeuten und, während sonst überall das Recht unverbrüchlich gehandhabt wurde, die Opfer ihrer Verdrächtigung mit tyrannischer Willkür mißhandeln. Der Fanatiker der Angst, Geh-Rat Kamptz, war die Seele dieses finsternen Treibens.«

(Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte des Neunzehnten Jahrhunderts. Dritter Teil. Bis zur Märzrevolution, achte Auflage, Leipzig 1919, S. 433—434.)

Die politischen Flüchtlinge und ihre Rechte

Von Louis de Brouckère.

Präsident der Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen

Der folgende Artikel des Genossen de Brouckère ist ein ehrendes Zeugnis für die tief menschliche Gesinnung, mit der er das Emigrantenproblem auf der Asylrechtskonferenz in Paris und auf der Staatenkonferenz für die Flüchtlinge in Genf zu fördern versuchte. Brouckère war in Genf Vertreter Belgiens. Er wurde wirksam unterstützt von dem Genossen Longuet, der Frankreich vertrat, und von dem Genossen Hedhoff-Hansen, den die dänische Regierung entsandt hatte. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale war also durch drei führende Mitglieder an der Schaffung des Rechtsstatuts für die deutschen Emigranten beteiligt. Die Sopade hatte den Genossen Dr. Paul Hertz zu den Genfer Beratungen entsandt.

Eine eigene sachliche Würdigung der Ergebnisse der Genfer Staatenkonferenz, des Asylrechtskongresses in Paris und der Emigrantenkonferenz behalten wir uns vor. (Die Redaktion.)

Für den 2. Juli hatte der Völkerbund nach Genf eine Konferenz einberufen, die sich mit den »Flüchtlingen aus Deutschland« zu beschäftigen hatte. Ihr Hauptergebnis war die Annahme einer provisorischen Vereinbarung zwischen den Regierungen. Ein bescheidenes, höchst bescheidenes Ergebnis. Fast alle an der Konferenz vertretenen Behörden, schienen es als ihre Hauptaufgabe anzusehen, keine formellen Verpflichtungen zu übernehmen, nicht einmal jene, ihre gegenwärtige Praxis, soweit sie liberal ist, fortzusetzen. Daraus braucht man freilich nicht zu schließen, daß man künftig schlechter vorgehen wolle als bisher. Aber die Verwaltungsbehörden — und es waren eben die Behörden der Fremdenpolizei in erster Linie an der Konferenz vertreten — empfinden es als am bequemsten, sich völlig freie Hand zu wahren und ihre unfreiwilligen Gäste nach Gutdünken zu behandeln, selbst wenn sie die Absicht haben, sie gut zu behandeln. Wie tragisch das Los der Flüchtlinge durch diese Ungebundenheit der Verwaltungsbürokratie wird, daß sie rechtlos, ohne irgend eine Sicherheit bleiben, nicht wissen, was der morgige Tag ihnen bringt, und daher nichts unternehmen können, was sie auf lange Sicht dem neuen Milieu anpassen würde, in das das Schicksal sie verschlagen hat, versteht sich von selbst.

Was vor allem nötig ist, das ist die Schaffung eines Statuts des politischen Flüchtlings, die Anerkennung gewisser Rechte, deren Anwendung er fordern kann. Er muß die Möglichkeit haben, Gerechtigkeit zu verlangen, was vielleicht das kennzeichnendste Vorrecht der menschlichen Persönlichkeit ist, statt wie eine Sache der Willkür und dem Gutdünken anderer ausgesetzt zu sein.

Das hatte die Pariser Konferenz über das Asylrecht wohl verstanden, die einige Tage vor der Genfer Konferenz stattfand. Ihr Statut des politischen Flüchtlings ist eine vorzügliche Formulierung der Wesensrechte des Flüchtlings. Und wenn man auch im heutigen Europa nicht hoffen kann, daß viele Regierungen es verwirklichen werden, so wird es doch in hohem Maße die Verwaltungspraxis beeinflussen und der Propaganda ein klares, fest umrissenes Programm liefern.

In einer kurzen Erklärung vor der Pariser Konferenz habe ich einige Erwägungen über

das Wesen der Rechte des politischen Flüchtlings angestellt, die ich hier wiedergeben möchte. Ihre Hauptzüge können wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Das Recht, irgendwo leben zu können. Das bedeutet für das Land, in das er genötigt ist zu flüchten, die Verpflichtung, ihn aufzunehmen und ihm einen Identitäts- und Reise-Ausweis zu geben, ohne den man in der gegenwärtigen Welt keine soziale Existenz hat.

2. Das Recht auf Arbeit, um leben zu können. Nichts ist lächerlicher als den Flüchtling, der fast immer mittellos ist, zwar aufzunehmen, ihm aber die Ausübung jeglichen Berufs zu untersagen. Gewiß könnte ein beträchtlicher Zustrom von Ausländern den örtlichen Arbeitsmarkt ungünstig beeinflussen und Schwierigkeiten schaffen, die vermieden werden sollten. Aber die Zahl der wirklichen politischen Flüchtlinge ist gegenwärtig nicht groß genug, um wirklich ein solches Ergebnis herbeizuführen und überdies ist eine solche Störung des Arbeitsmarktes im allgemeinen nur vorübergehender Natur und kann durch geeignete Gelegenheitsmaßnahmen vermieden werden. Die Geschichte zeigt, daß die Arbeit der politischen Emigranten fast immer schließlich eine Reichtumsquelle für die Länder gewesen ist, die sie freundlich aufgenommen haben.

3. Das Recht, für ihre Sache leben zu können, für ihre Ideen reden und schreiben zu können. Das ist das bestrittenste Recht des politischen Flüchtlings und darauf möchte ich besonders energisch beharren.

Wer nicht wie Hitler oder Mussolini denkt, dem ist es in Deutschland und Italien verboten zu denken. Es gibt Menschen, die diesen Zwang unerträglich finden. Sie können eine so schmachlich entwürdigte Existenz nicht ertragen. Sie überschreiten daher die Grenze, um die Freiheit zu suchen. Und was tun die »freien« Länder, in die diese Oppositionellen flüchten? Sie nehmen sie auf, erlauben ihnen zu leben, sofern sie reich genug sind, um essen zu können, ohne einen Gehalt zu beziehen; damit aber die guten Beziehungen zu den Ländern der Diktatur nicht gestört werden, verbieten sie den Neuankömmlingen zu schreiben oder zu reden. So daß die Flüchtlinge aus den Ländern des Zwangs genau solchen Zwang wiederfinden!

Man sage nicht, daß der Flüchtling wenigstens der Gefahr des Konzentrationslagers entrinne. Sehr häufig hätte er es auch in seinem Vaterland vermeiden können, wenn er sich nur dazu bereitgefunden hätte, feige zu schweigen. Wenn er aber in seinem neuen Wohnort diese Feigheit und dieses Schweigen nicht ertragen kann, wird er ausgewiesen, vielleicht Hitler ausgeliefert oder dem ruhelosen Leben eines Menschen überantwortet, der von der Polizei aller Länder gejagt wird und Schrecknisse zu ertragen hat, die mitunter die der Konzentrationslager noch in Schatten stellt.

Der Belgier, der Franzose, der Engländer, der nach Deutschland reist, haben dort nicht die demokratischen Freiheiten, deren sie sich in ihrem Vaterland erfreuen können. Warum muß der Deutsche, der nach England, nach Frankreich oder Belgien reist, dort das Sy-

stem des Schweigens und des Zwanges wiederfinden, das im Dritten Reich herrscht? Jene zum Schweigen zu verurteilen, denen ihr Diktator das Reden verbietet, heißt, zum Helfershelfer des Despoten werden, ihm ermöglichen, seine Opfer über den ganzen Erdball zu verfolgen, seine Autorität selbst in den freien Ländern auszuüben.

Die Geschichte lehrt uns, daß es immer wieder die Aktion der Flüchtlinge vom Ausland her war, die zum Sturz der Gewaltssysteme geführt hat. Wenn heute die Engstirnigkeit der Demokratie diese Aktion unmöglich macht, so wird das Ergebnis sein, daß die Tyrannei fortbesteht und ihren Herrschaftsbereich weiter ausdehnt. Welche Gefahren das für den Frieden mit sich bringt, weiß jedermann. Man trägt so, indem man dem Faschismus erlaubt, seine Untertanen in der ganzen Welt zum Schweigen zu verurteilen, ebenso zum Kriegsausbruch bei, wie wenn man ihm gestattet, straflos seinen Angriff auf die Nachbarvölker weiter vorzubereiten.

Es ist nicht bloß im Interesse der politischen Flüchtlinge gedacht, wenn wir ihre Rechte, besonders ihre politischen und moralischen Rechte, energisch verteidigen. Wir brauchen sie! Wer erkennt nicht, daß es für die Welt keine Rettung gibt, wenn nicht das Weltgewissen neue Kraft erhält und eine wahre Weltkultur geschaffen wird? Glaubt man, daß eine solche Kultur bestehen, wachsen und fruchtbar werden kann, ohne den Beitrag wertvoller Elemente aus der deutschen oder der italienischen Kultur? Und wer könnte heute uns solche Beiträge liefern, wenn nicht die Flüchtlinge selbst in enger Verbindung mit der Zusammenarbeit aller freien Völker?

Wir brauchen die geistige Hilfe aller Verbannten, aus allen Gegenden, aller Meinungsrichtungen. Nichts wäre verderblicher als unter ihnen Unterscheidungsmerkmale suchen zu wollen. Sollen wir auf dem Wege zur Wahrheit weiterschreiten, dann brauchen wir den Beitrag der einen und die Kritik der anderen. Versuchen wir also nicht, sie nach Gegnern und Freunden zu unterscheiden und sie verschieden zu behandeln. Und selbst wenn wir solche Listen aufstellen wollten, könnten wir sicher sein, daß sie überall nach gleichen Gesichtspunkten aufgestellt würden?

Die Flüchtlinge aus Deutschland, Italien, Polen haben einst entscheidenden Einfluß auf die Bewegung des jungen Europa und damit auf die ersten größeren Schöpfungen der nationalen Demokratie ausgeübt.

Die Flüchtlinge, vergessen wir das niemals, haben noch mehr dazu beigetragen, die erste sozialistische Bewegung internationalen Charakters zu schaffen. Sie haben es trotz — vielleicht sogar wegen — ihrer Divergenzen und Streitigkeiten getan.

Wir wären unserer Aufgabe nicht gewachsen, wollten wir nicht erkennen, daß die Flüchtlinge heute eine noch größere Rolle bei der Geburt der neuen Welt zu spielen haben werden. Wir haben die gebieterische Pflicht, ihnen die Erfüllung dieser Aufgabe zu erleichtern.

Die Blamage der Hindenburger Gestapo

Der Aussageerpressung und Protokollfälschung überführt.

Man schreibt uns aus Polen: Dieser Tage fand in Gleiwitz ein Prozeß gegen die polnischen Minderheitsangehörigen Kindel, Thomalla und Burezyk aus Hindenburg wegen Irreführung der Behörden statt, der Einblick in die Arbeit der Gestapo bot. Das Anwachsen der Organisationen der polnischen Minderheit bereitet den kleinen und großen Machthabern nicht unerhebliche Sorgen und man möchte gern einen Schlag gegen deren Führer durchsetzen, um ein abschreckendes Beispiel zu liefern. Die Hindenburger Polizei bereitet ein Hochverratsverfahren gegen den polnischen Sozialisten Trombalski in Hindenburg vor, zu welchem Zwecke die Gestapo Protokolle über die Versammlungen der polnischen Gewerkschaften fälschte und auch die drei erwähnten Angeklagten bei Verhören so lange malträtierte, daß sie schließlich solche Aussagen machten, wie man sie für das Volksgericht gegen Trombalski in Breslau brauchte.

Am Prozeß selbst zogen die Angeklagten als Zeugen ihre früheren Aussagen zurück und beschuldigten die Polizei und die Gestapo der Erpressung, was sie um so leichter tun konnten, als ja das polnische Generalkonsulat an dem Breslauer Prozeß ihre Vertreter hatte. Damals mußte unter dem Druck der polnischen Interventionen Trombalski freigesprochen werden und nun wollte sich die Polizei an den drei Zeugen rächen, die durch ihre früheren Aussagen vor der Gestapo die Behörden irreführt haben.

Wieder setzte die Intervention der polnischen Stellen ein und nun mußten die drei Angeklagten freigesprochen werden. Aber im Verlauf der Gerichtsverhandlung in Gleiwitz wurde festgestellt, daß die Polizei die Aussagen den genannten Zeugen einfach unterschob und, als sie sich weigerten, zu unterschreiben, wurden sie von der Gestapo bedroht, mit in den Hochverratsprozeß gegen Trombalski verwickelt zu werden, auch die Versammlungsprotokolle als Belastungen wurden von der Gestapo gefälscht. Es blieb dem Gericht nichts übrig, als die polnischen Minderheitsangehörigen freizusprechen, nach-

dem polnischerseits das Material über die Aussageerpressungen und Protokollfälschungen beigebracht worden ist.

Es steht nun durch den Gleiwitzer Prozeß fest, daß man nur aus dem Grunde Trombalski den Hochverratsprozeß machen wollte, weil das Anwachsen der Minderheitsorganisationen den Nazimachthabern große Sorgen bereitet und diese durch die Genfer Konvention geschützt sind. Aber wie mögen dann die zahlreichen Verhaftungen bei den deutschen Volksgenossen, die sich im Konzentrationslager befinden, zustande gekommen sein, wenn schon die Gestapo mit den sogenannten »Polaken« sich solche Erpressungs- und Fälschungstriebe leistet? Der polnische Minderheitsangehörige besitzt also im Dritten Reich mehr Freiheit und Recht als der deutsche Volksgenosse!

Ein Spatzvogel

»Wir sehen, wie unter der zielbewußten, klaren Führung Adolf Hitlers der Friede in Europa immer mehr konsolidiert wird.«

(Gauleiter Koch auf dem Bezirksparteitag in Tilsit.)

Die Wirtschaftsarmee des Dritten Reiches

Neuordnung einer Neuordnung

Am 2. Mai 1933 wurden schlagartig die Gewerkschaftshäuser besetzt und die bereits begonnene Vernichtung der Arbeiterorganisationen und der Raub ihres Eigentums vollendet. Ein Vierteljahr später wurde mit dem Erlass des Gesetzes über den Reichsnährstand die Bauern dem Machtgebot der Nazidiktatur unterstellt. Viel länger ließ sich das Regime Zeit mit der staatlichen Regelung des Unternehmervereinswesens. Fast ein Jahr nach der Machtübernahme, am 17. Februar 1934, wurde die »Neuordnung« mit dem Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der gewerblichen Wirtschaft eingeleitet. Aber erst Ende November 1934 hatte die gesetzliche Gleichschaltung der Unternehmerverbände ihre — wie sie sich jetzt herausstellt, vorläufig — endgültige Gestalt bekommen. Sie »setzt unter das System der Freiwilligkeit der Verbände den Schlußpunkt«. Aus den privaten Organisationen waren staatlich bevormundete Zwangsorganisationen geworden. Auf dem Papier stand die Aufgabe der »Neuordnung« fest: »zugleich Instrument für die staatliche Führung und Organ der Selbstverwaltung«. Aber über den Vorrang des einen Teils dieser Doppelaufgabe vor der anderen tobte der Streit hinter den Kulissen. Die Konzernführer wollten den »Aufbau« als Schlachtfeld zur Austragung der Machtkämpfe untereinander und mit der Staatsbürokratie benutzen. Schacht wollte das Monopol der staatlichen Wirtschaftslenkung sich nicht entwinden lassen. Zum Führer der gewerblichen Wirtschaft war Herr Kessler, ein Mann des Farbenstricks ernannt worden. Er behielt seine Würde nur wenige Monate. Ueber die Gründe seines Sturzes hatte sich Schachts Organ »Der deutsche Volkswirt« unzweideutig ausgelassen. Er habe »durch selbständige Führung Konstruktionsfehler« verursacht, »Aufgaben der Wirtschaft durch sie selbst lösen zu lassen, damit den Aufbau einer eigenen Bürokratie anzustreben, und damit aber in einen Gegensatz zu der sich für diese Aufgabe allein maßgebend ansehenden Staatsbürokratie zu geraten«. Krupp von Bohlen und Halbach legte »zu seiner Entlastung« die Leitung der Industriegruppe nieder, und an seine Stelle trat Trendelenburg, der in der Republik unter wechselnden Ministern der wirkliche Kopf des Reichswirtschaftsministeriums gewesen war. Also ein Sieg der Staatsbürokratie über die Trustbürokratie?

Man hat seit seiner Ernennung von Trendelenburgs Taten wenig vernommen. Schon deshalb, weil die von ihm »geführte« Gruppe Industrie ebensowenig eine wirkliche Funktion hat wie die sechs anderen Fachgruppen des organischen Aufbaues. Was Schacht mit Kessler beseitigen wollte, war die Doppelherrschaft von Staatsmacht und Trustmacht. Was er vermeiden wollte, war weniger die Rivalität zweier Bürokratien als die Rivalität großindustrieller Gruppen und ihre Austragung mit Hilfe einer vom Staat selbst begründeten Organisation. Die Durchsetzung der Gesamtinteressen des Großkapitals, als deren konsequentester Vertreter Schacht sich selbst fühlen durfte, sollte nicht unter dem Kampf um den Vorrang der einen Kapitalgruppe über die anderen leiden.

Der »organische Aufbau« ist ein kompliziertes Gemisch von fachlicher und regionaler Gliederung, ein Uebereinander und Nebeneinander von Fachgruppen und Bezirkskammern mit der Reichskammer als Spitze. Die Bezeichnung »Selbstverwaltung« trägt das Gebilde zu unrecht. Die Leiter der Gruppen und Kammern werden vom Führer Schacht ernannt oder ernennen einander gegenseitig. Die Beiräte haben nur beratende, nicht bestimmende Funktion. Das Führerprinzip ist auch hier durchgeführt. Aber in der Praxis ist die Organisation so gut wie bedeutungslos. Was funktioniert, sind nur die Industrie- und Handelskammern, die schon vor Hitler bestanden haben und von Schacht in die »Neuordnung« eingebaut worden sind. Sie sind dem Regime als Instrumente der staatlichen Dekretwirtschaft unentbehrlich. Die Außenhandels- und Devisenämter müssen sich ihrer auskunfterteilenden und begutachtenden Tätigkeit bedienen. Aber sonst ist von der Wirksamkeit der Gruppen und Kammern wenig oder gar nichts zu merken. Sie fallen den Unternehmern hin und wieder mit Rundfragen zur Last, aber es fällt weder den Firmen ein, sie zu beantworten, noch den Fachgruppen, um Antwort zu drängen. Die Existenz dieses »organischen Aufbaues« macht sich im wesentlichen nur durch Enkassierung

von Beiträgen bemerkbar, deren Höhe in sehr starkem Mißverhältnis zu seinem Nutzen steht. Es ist eine Hierarchie von Nebenbuhleren als Selbstzweck, ein Apparat, der zwar gut geschmiert wird, aber dennoch leer läuft.

Aber gerade weil es den Herren Leitern an wirklichen Aufgaben fehlt, erschöpft sich ihre Tätigkeit in der Austragung von Rivalitäten. Wie heiß es da zugeht, illustriert die folgende Auslassung im »Deutschen Volkswirt« vom 3. Juli:

»Das Nebeneinander von bezirklichen Gruppen und Kammern wurde mancherorts zu einem Gegeneinander, und leider ist diese Auseinandersetzung nicht immer sachlich geführt worden. ... Die wahre Ursache dieser Auseinandersetzung lag in dem Mangel an klarer Abgrenzung der Zuständigkeiten.«

Diese »wahre Ursache« soll nun durch eine »Neuordnung« der »Neuordnung« getilgt werden. Man hatte ursprünglich die Absicht, die Fachgruppen ganz zu beseitigen und nur die Handelskammern als »reine Behörden für regionale wirtschaftliche Zwecke« bestehen zu lassen.

»Nach sorgfältiger Abwägung von allem Für und Wider aber empfahl es sich, auf dem neugeschaffenen Boden der Bezirkswirtschaftskammern weiterzubauen, die Wirtschaftskammern in den Mittelpunkt der regionalen Selbstverwaltung zu stellen und hier die bisherigen bezirklichen Vertretungen der fachlichen Reichsgruppen zusammenzufassen.«

Die »Neuordnung« läuft darauf hinaus, daß die Fachgruppen nur dem Namen nach bestehen bleiben, in Wirklichkeit in den Bezirkskammern aufgehen, die im ganzen nichts weiter sind als die alten Industrie- und Handelskammern. Daß ein parasitärer und kost-

spieliger Apparat verschwinden soll, wird vom »Deutschen Volkswirt« ziemlich unverhohlen ausgesprochen:

»Wenn dabei ähnlich wie seinerzeit bei der Ablösung des freien Verbandssystems überhaupt, alte Traditionen und gute Positionen geopfert werden müssen — so werden die Betroffenen... ihre nationalsozialistische Einstellung durch freiwillige Einordnung beweisen können.«

Mit dem Verschwinden einer gut dotierten Führerhierarchie wird das Unternehmertum von einem gut Teil Beitrag zu ihren Kosten entlastet. Zur Zeit der Gründung des organischen Aufbaues hatte man auf dem Wege zur »Wehrfreiheit« nur die ersten Schritte getan. Inzwischen hat sich Schacht als konsequentester Vertreter des neudeutschen Imperialismus bewährt, und es bedarf jetzt auch des bloßen Scheines einer organisierten Vertretung der Sonderinteressen des Großkapitals nicht mehr. Die »volle Leistungsfähigkeit« dieser Selbstverwaltung, die sich nach dem »neuen Abschluß« erwarten läßt, liegt aber nicht in der Gegenwart, sondern in der Zukunft. Es ist wichtig, sagt der »Deutsche Volkswirt«, endlich auch im Hinblick auf den wehrwirtschaftlichen Gedanken, daß die gewerbliche Wirtschaft, deren Leistungen im Falle eines Krieges von noch größerer Bedeutung sein würden als im Weltkrieg, in einer selbständigen Selbstverwaltungsorganisation ein wirklich einsetzbares Instrument zur Verfügung stellen kann. Die Wirtschaftsarmee des Dritten Reiches hat ihre Rahmenorganisation erhalten, auch sie ist ein Teil der Vorbereitung auf den künftigen Krieg.

G. A. Frey.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit

Der Prozeß gegen Simson (Suhl)

Der politische Schauprozeß ist ein ausgezeichnetes Mittel »für Propaganda und Volksaufklärung«, ein geradezu unvergleichliches Agitationsobjekt, wenn man nicht nur Richter und Staatsanwalt, sondern auch Verteidiger und Presse wie Puppen dirigieren kann. Diese Chancen sind dem Demagogen Göbbels gewiß nicht entgangen; wenn er davon bisher so wenig Gebrauch gemacht hat, so lag das am Mangel an geeigneten Objekten. An »Bonzen und Juden, die sich an öffentlichen Geldern so bereicherten, wie es nur in der Novemberrepublik möglich war,« herrscht tatsächlich ein absoluter Mangel, was natürlich nicht hindert, diese Behauptungen in Presse und Festreden immer wieder zu wiederholen. Die Republik hat jedoch die Barmat, Kutliker und Sklarek selbst unter Anklage gestellt. Ein für die Naziagitation ebenso einträglicher Fall ließ sich trotz eifrigster Suche nicht finden.

Um so auffälliger ist es, daß jetzt ein Prozeß vor dem Landgericht in Meiningen stattfindet, in dem die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen ist. Angeklagt ist neben vier Angestellten der Mischling Arthur Simson. Gegenstand der Anklage ist Betrug am Reich, ja sogar Betrug am heiligsten Bestandteil des Reiches: der Wehrmacht. Der behauptete Schaden ist so groß, daß das gesamte Simsonwerk und ein ansehnlicher Millionenbetrag dazu zur Abgeltung des betrügerischen Gewinns kaum ausreichte. Simson hat übermäßige und unredliche Gewinne unter Ausnutzung eines Monopolvertrages erzielt. Er hat von der Reichswehr bezahlte Konstrukteure für seine Privatgeschäfte beschäftigt. Material, das von der Heeresverwaltung beantragt und zurückgewiesen wurde, ist als vollwertig verkauft worden, nachdem es durch Schweißen und auf andere Weise zurecht gemacht wurde. So der Standpunkt der Staatsanwaltschaft, die also eine Anklage erhebt, die nach allen Richtungen den Fall Sklarek in den Schatten stellt.

Und trotzdem: Presse und Radio bleiben ausgeschaltet. Die Türen des Verhandlungszimmers werden schalldicht abgeschlossen, keine Zeitung wird ein Wort über den Gang der Verhandlung melden. Selbst die Erörterung der Liebesfreuden des Fabrikdirektors Betz — auf Reichswehrkosten versteht sich — bleibt »wegen Gefährdung der Staatssicherheit« geheim.

Ein Geheimnis dürfte der Prozeßstoff jedoch nur für die »alten Kämpfer« darstellen, weil sie in den Jahren 1925—1930 sich nicht mit den Reichstagsberichten befaßten, sondern erst das Lesen lernten. Denn die Kosten

der Simsonschen Gewehre bildeten bei jeder Etatsberatung einen wichtigen Diskussionsstoff. Nicht der Gauleiter Sauckel, sondern das Parlament hat den Korruptionssumpf entdeckt. Die Herren mit der Offiziersehre verstanden es jedoch damals, durch falsche Berichte eine Aufklärung zu verhindern.

Jetzt ist angeblich alles aufgedeckt »nach langwierigen Ermittlungen der beauftragten Stellen«. Auf der Anklagebank sitzt jedoch kein Offizier, der den Reichstag belog und damit die Fortsetzung des Betruges ermöglichte, sondern ein Fabrikdirektor und drei kleine Angestellte, nachdem der hauptangeklagte Chef sich im Ausland befindet.

Mit diesem Prozeß läßt sich also wirklich kein Staat machen. Das erkannte auch das Landgericht in Meiningen und verweigerte die Eröffnung des Hauptverfahrens — ein in der Praxis ganz seltener Fall. Erst auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft gab das Oberlandesgericht in Jena nach.

Weshalb aber findet dieser Prozeß überhaupt statt? Er hat allein den Zweck, die durch Erpressung erzwungene Uebertragung der Simsonwerke an eine Nazistiftung durch ein Strafurteil rechtfertigen zu lassen. Auf die Begründung dieses Urteils kommt es nicht an, niemand wird die Urteilsbegründung kennen lernen, da ihre Geheimhaltung im Interesse der Staatssicherheit unter der Naziherrschaft gesichert ist. Deshalb kann auch der wirkliche Korruptionsstoff unerörtert bleiben. Die Belange der Rüstungsindustrie und der Wehrmacht bleiben gewahrt. Da der Fall ohne »Schuldigen« nicht liquidiert werden kann, so muß eben ein Werkmeister und ein Mischling herhalten. Der Werkmeister ist zur Verhandlung nicht erschienen, weil er wegen der Aufregungen geisteskrank geworden ist. Ueber die Zukunft des Rüstungsindustriellen Arthur Simson sind besondere Sorgen bei der Internationalität dieser vaterländischen Branche unangebracht.

Kurzberichte

Im Mai wurden auf den 49 größeren Viehmärkten Deutschlands nur 63.336 Rinder aufgetrieben gegen 117.874 Rinder im gleichen Vorjahrsmonat. Auch im Juni ist der Auftrieb etwa im gleichen Maße hinter dem Vorjahr zurückgeblieben.

Nährstandsmarktbericht vom 2. Juli: Die Nachfrage nach Markenbutter und feiner Molkereibutter war lebhafter. Die Eingänge sind jedoch ... in allen Qualitäten weiter im Abnehmen begriffen.

Das heißt also, die Butternot wird in Deutschland wieder akut.

An den Hauptverbrauchspitzen konnte der Bedarf an Eiern auch in der ersten Juliwoche nicht gedeckt werden. Dieser Mangel ist auf die stark gedrosselte Eierzufuhr zurückzuführen.

Das Nachtbackverbot, das seinerzeit aus hygienischen und sozialpolitischen Gründen durch ein Gesetz in Deutschland eingeführt wurde, wird von dem nationalsozialistischen Regime Schritt für Schritt beseitigt. Nachdem bereits 1934 die Backerlaubnis um eine Stunde früher vorverlegt wurde, ist sie jetzt durch eine Verordnung von 4 Uhr morgens ab erteilt worden.

Auflösung der Lindcar-Fahrradwerke A.-G.

Die Lindcar-Fahrradwerke A.-G., die früher dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gehörte, ist unter nationalsozialistischer Leitung soweit heruntergewirtschaftet worden, daß die Stilllegung des Betriebs und die Auflösung der Gesellschaft nicht zu umgehen war.

Eine ordentliche Generalversammlung, die jetzt die Abschlüsse für 1934 und 1935 genehmigen mußte, hat gleichzeitig die Auflösung der Gesellschaft beschlossen. In dem Vorstandsbericht für 1934 wird betont, daß die Gesellschaft nicht in der Lage gewesen sei, den Umsatz so zu erhöhen, wie es zur rentablen Führung des Unternehmens erforderlich gewesen wäre.

Im Jahre 1935 ist die Fabrikation von Fahrrädern zuerst eingeschränkt und dann später völlig eingestellt worden. Die großen Verluste, die durch die nationalsozialistische Mißwirtschaft entstanden sind, muß die Hauptgläubigerin, die aus der früheren Arbeiterbank hervorgegangene Bank der deutschen Arbeit, tragen, die ihre Forderungen nahezu völlig streichen muß.

Unter der freigewerkschaftlichen Leitung hatte sich das Lindcar-Fahrradwerk zu einem gutgehenden Unternehmen entwickelt.

Ende des »Alten Kämpfers«

In Coburg hat sich der Zeugmeister der Nationalsozialisten Adolf Altenstädter erschossen, nachdem eine Unterschlagung von 14.000 Reichsmark in dem Sparverein »Bürgerkranz« aufgedeckt worden war, dessen Kassengeschäfte er seit einer Reihe von Jahren besorgte. Altenstädter war einer der ersten Anhänger des Nationalsozialismus in Coburg. Wie viele Mittelständler setzte er in den finanziellen Schwierigkeiten seines Geschäfts alle Hoffnungen auf Hitler. Als seine Erwartungen sich nicht erfüllten und seine Verschuldung wuchs, vergriff er sich an den ihm anvertrauten Geldern.

Nur nicht heucheln!

»Wenn man mit dem neuen Staate einverstanden ist, dann braucht man ja nicht schimpfen. Wenn man aber mit dem neuen Staat nicht einverstanden ist, so verlangt kein Mensch, daß man deswegen heucheln soll. Aber man hat den Staat als den Stärkeren zu respektieren und dem starken Staat gegenüber gefälligst die große Klappe zu halten. Mehr wird nicht verlangt.«

(»Fridericus«.)

Der Rückschlag in der Bevölkerungspolitik

Auf bevölkerungspolitischem Gebiet haben die Nationalsozialisten keinen Erfolg mehr zu verzeichnen. So ist die Zahl der Eheschließungen im Januar bis April 1936 auf 57.495 zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres sind 66.901 Ehen geschlossen worden. Auch die Zahl der Lebendgeborenen weist in derselben Vergleichsperiode einen Rückgang auf. Auf 1000 Einwohner entfielen:

	Januar-April 1936	1935
Eheschließungen . . .	8,5	10,0
Lebend Geborene . . .	10,8	16,2
Gestorbene unter 1 Jahr	6,8	6,8

Auffällig an der Bevölkerungstatistik ist weiter, daß die Sterbefälle infolge Herzkrankheiten und Lungenentzündung sich erheblich vermehrt haben.

Neue Festkultur

In verschiedenen kleineren und größeren Orten Ostpreußens werden gegenwärtig »Panzerportfest« inszeniert. Alle verfügbaren Tanks rasen bei solchen Gelegenheiten zur Belustigung und Erheiterung der Festteilnehmer los, rennen Mauern über den Haufen, klettern Abhänge empor, machen den Erdboden erzittern. — Aber das ist noch nicht alles, man treibt das sinnige Spiel auf die Spitze: der Reinertrag der Panzerportfeste wird dem Hilfswerk »Mutter und Kind« zugewiesen.

Briefe, die uns erreichten...

Die politische und geistige Fluktuation im Dritten Reich

Zu den zahlreichen »Umbrüchen«, die die Zeitgenossen des Dritten Reiches erleben, gehört auch derjenige des Briefes. Alle großen Geschichtsschreiber der Vergangenheit haben diese Erkenntnisquelle zu schätzen gewußt. Wenn die Sprache verfliegen war, wenn das gedruckte Wort versagte und die politischen und sozialen Ereignisse im Tatsachenmaterial zu erstarrten drohten, da blieben Briefe als menschliche Dokumente lebendig, geschrieben an den Rand der Zeit, oft verschlossene Türen sprengend. In der braunen Diktatur hat die Beziehung zwischen Briefschreibern und Briefempfängern eine völlige Wandlung erfahren. Briefe in deutscher Sprache, geschrieben in Deutschland, sind keine Medien des freien Gedankenaustausches mehr. Selbst hinter den verschlossenen Umschlag wird innerhalb der deutschen Grenzen der Spitzel und Denunziant gefürchtet, zumal jeder Postbote auf jeden Verdächtigen zu achten hat.

Die Briefe aber, die seit März 1933 ins Ausland gehen, gehören ins Reich der schwarzen Künste, der Magie. Zwischen glatten Zellen und platten Worten steht Wahrheit, denn gottlob entdeckt der schnüffelnde Gestapomann das kabbalistische Geheimnis staatsgefährlicher Privata meist an der falschen Stelle. Unter dem Druck einer Zensur, die in der Sache wie in der Form alle Vorbilder der Vergangenheit übergipfelt, gibt es heute nur noch eine Möglichkeit des Gedankenaustausches, daß der deutsche Brief in die Emigration geht, das heißt, daß Deutsche den außerhalb Deutschlands lebenden Freunden und Angehörigen nur noch unter der Hut des Auslandes das anvertrauen, was sie auf dem Herzen haben.

Einige solcher Briefe, die uns in jüngster Zeit erreichten, drucken wir nachstehend ab. Sie wurden — so schreckhaft geht die dauernde Einschüchterung mit den Bewohnern des »befreiten Deutschland« über die Grenze mit — unter weitgehenden Vorsichtsmaßregeln abgesandt. Sie kamen über zwei oder drei Zwischenglieder an dem Empfänger, teilweise ohne Unterschrift. Solche Briefe haben schon durch die Art ihrer Expedition ihre Geschichte.

1. Brief eines gelernten Arbeiters (belgische Grenze)

... »Wir hatten am Wahltag bei uns im Werk (einem für die Rüstung umgestellten großen Betrieb der Metallindustrie) eine maßlose Wut. Sie holten uns gleich nach der Schicht mit Autos ab, d. h., wir mußten nun hinterher laufen. Wir waren noch nicht gewaschen und hatten noch nichts gegessen. Auf dem Auto hielten sie ein großes Plakat: »Wir wählen alle unsern Führer!« Mit Lautsprecher und Musik brachten sie uns, nachdem wir acht Kilometer gelaufen waren, ins Lokal. Von der Wahl brauche ich Euch nichts zu schreiben. Man hat nachher nur gelacht. Bei uns werden heute sechzig, ja, bis siebzig Stunden in der Woche geschuftet. Die Leute verdienen gut. Sie schimpfen natürlich auch manchmal, aber der hohe Lohn und die andauernde Müdigkeit lullt die Menschen ein. Bei uns ist es sogar so, daß die alten SA-Leute am lautesten meckern. Da wenig gelernte Leute unter ihnen sind, so werden sie nicht sehr respektiert. Neulich sagte einer: »Die früheren Sozis und Kommunisten werden bei der Arbeit bevorzugt, damit sie den Mund gestopft bekommen.« Viele Frauen sind auch zufrieden, weil eben jetzt mehr verdient wird, viele Geschäftsleute auch, denn das Geld rollt. Natürlich gibt es im Betrieb ein paar Leute, die illegal arbeiten. Mir geben sie kein Material. Sie sagen: »Du bist ein alter Funktionär der Partei, das ist zu gefährlich.« Aber wenn ich über die Grenze komme, kriege ich doch genug zu lesen.«

2. Brief eines älteren (arischen) Akademikers (Süddeutschland)

»Lieber Freund! Auch ohne Unterschrift werden Sie nach den ersten Zeilen wissen, wer Ihnen schreibt. Vor drei Jahren nahmen wir Abschied voneinander, als Sie ins Ungewisse gingen. Damals hat keiner von uns

geglaubt, daß unsere Leidenszeit so lange währen würde; daß der Druck so furchtbar, daß die geistige Einschränkung, die wir damals noch gar nicht übersehen konnten, so unerträglich sein würde. Dabei hat sich, was meine private Existenz betrifft, äußerlich nicht viel geändert. Meine Praxis geht weiter, viele Kassenpatienten kommen vielleicht nur deshalb gern zu mir, weil sie ahnen, daß ich den braunen Betrieb innerlich nicht mitmache. Aber glauben Sie mir, meine Frau und ich beneiden Sie jeden Tag. Sie dürfen in einem freien Lande leben, und wir denken schon mit Grauen daran, daß wir P. bald wieder verlassen müssen. Sie können

wiedererkennen werden. Leider, leider: Ihre Arbeiter enttäuschen uns sehr. Sie lassen sich gängeln und kommandieren. Natürlich müssen sie an den Demonstrationen teilnehmen als Gefolgschaft. Aber warum stehen immer noch so viele auf der Straße, rufen und heben die Arme, wenn ein hohes braunes Tier großartigen Einzug hält? Dazu kann sie doch keiner zwingen... Vor drei Wochen waren wir zu dritt auf dem jüdischen Friedhof, mit einem Kranz für das Grab von F. H., zwei Jahre nach seinem Selbstmord. Er konnte seine Degradierung als Jude nicht ertragen. Aber geht es uns anders? Damals begriffen wir ihn nicht. Heute schon mehr...«

Bürgermeister sagte mir: »Sie kriegen den Paß nur unter der Bedingung, daß Sie drüben jedem sagen, wie gut es bei uns ist...«

Diese drei Briefe entbehren der Sensation. Jeder kennt aus dem Dritten Reich eindrucksvollere und aufreizendere, hoffnungsfrohre und niederdrückendere Tatsachen über die Haltung der Menschen unter der braunen Diktatur, als sie hier niedergeschrieben sind. Aber gerade diese absolut typischen Meinungs- und Stimmungsäußerungen rechtfertigen die Wiedergabe. Sie sind charakteristisch für bestimmte gesinnungsmäßige Reaktionen und politische und seelische Wandlungen. Sie lassen erkennen, daß die Erinnerungen, die man in der Emigration an zurückgebliebene Freunde und »Kreise« von früher bewahrt, nur noch problematische Geltung besitzen. Viele sind geblieben, »was sie waren«. Andere sind nicht mehr wiederzuerkennen, so wenig sie uns vielleicht noch zu erkennen und zu beurteilen imstande sind.

Der Briefschreiber Nr. 1 hat sich am wenigsten geändert. Es ist einer jener sozialdemokratischen Arbeiter, in deren Familie eine lange Parteitradition mit einer festen Meinungsbildung und eine unerschütterliche Auffassung von Treue bei aller äußeren Nüchternheit vorherrscht. In der Stunde der Wende wird er mit weißem Kopf in der Linie seiner Genossen stehen, wenn sie ihn heute auch als »belasteten« Familienvater aus der illegalen Arbeit fernhalten. Seine Briefe, die immer in dem gleichen sachlichen Tone gehalten und mit persönlichen Dingen sehr sparsam sind, schreibt er nur aus dem Auslande. Dieses Mitteilungsbedürfnis ist oft der einzige Grund einer für ihn recht kostspieligen Reise über die Grenze.

Eine viel tiefer eingreifende seelische Veränderung ist mit dem Schreiber des Briefes Nr. 2 vor sich gegangen. Ein linksstehender Intellektueller, typisch akademischen Gepräges mit gesichertem Einkommen, der jetzt die Welt nicht mehr versteht! Vor Hitler war seine politische Anteilnahme nur in Wahlzeiten etwas regsam. Als individualistischer Verächter der »Masse Mensch«, wenn auch nicht ohne unverbindliches, seine persönliche Lebenssphäre wenig berührendes soziales Empfinden, wollte er von der organisierten Arbeiterschaft und von der Sozialdemokratie nichts wissen. Den Nationalsozialismus beurteilte er mit etwas hochmütiger Skepsis, mit leichtem Spott über die örtlichen braunen Führer. Sein deutsches Nationalgefühl, oft laut bekundet in Studentenliedern und in Bismarckschwärmerel, war untadelig, überhaupt nicht diskutierbar, und in der Besatzungszeit kämpfte er in vorderster Linie gegen die landesverräterischen Separatisten. Im Grunde aber war er immer ein unpolitischer, dem freundlichen Alltagsbehagen zugewandter Mensch an der bürgerlichen Kulturfront. Welche Verwandlung muß mit ihm vorgegangen sein, daß er sich jetzt mit einem wahren Verzweiflungsausbruch zu einem nicht einmal mit ihm sehr eng befreundeten und geächteten Emigranten flüchtet! Sein Freiheitsbewußtsein ist erst jetzt mit vielen seinesgleichen im Haß gegen die braunen Bedrücker erwacht, wobei er bis zum äußersten politischen Extremismus geht. Es ist nicht nötig, zu betonen, daß diese oppositionelle Haltung, wenn nicht wirkungslos, so doch in politischer Hinsicht, noch richtungslos ist. Es fehlt ihr neben dem Willen zur Wiederherstellung der alten freiheitlichen Grundrechte das positive Ziel der Neugestaltung des Staates und der Gesellschaft. Für uns fragt es sich, wie wir diese zunächst nur im Haß gegen das braune System einigen Menschen aus ihrer Atomisierung befreien und ihre Opposition produktiv machen können.

Eine nicht weniger bemerkenswerte Erscheinung typischen Charakters ist der Briefschreiber Nr. 3. Er war früher politisch sehr radikal. In den Partei- und Gewerkschaftsversammlungen entfaltete er

Der neue Dreieck



Wir garantieren Oesterreichs Unabhängigkeit

lesen, was Sie wollen, Sie können sprechen, mit wem Sie wollen, Sie brauchen nicht antreten zu Reden und Vorträgen, deren lächerlich-unwissenschaftliche Tendenz Sie anwidert. Unser kleiner Kreis G. T.—H.—und L. R., ist noch beisammen, und Sie sind nicht vergessen. Wir sind natürlich sehr vorsichtig und ziehen niemanden in unser Vertrauen. Aber der unsichtbare Gesinnungskreis ist groß. Unsere Gedanken, unsere Depressionen? Sie haben alle nur einen Inhalt: was kann das Ende dieser Schreckenszeit abkürzen, wie können wir wieder frei werden? Wir beobachten genau den wirtschaftlichen Niedergang, wir wünschen eine offene Inflation herbei, nur damit eine Aenderung kommt, selbst auf die Gefahr hin, unser Letztes zu verlieren. Seitdem wir die Reichswehr hier erlebt haben, erhoffen wir von ihr nichts mehr. Besser können es die Bürogenerale doch gar nicht haben als unter Hitler. Er erfüllt ihnen alles und militarisiert das Volk.

Sie sehen, lieber Freund, aus zahmen »Alten Herren«, die Sie wegen ihrer politischen Lethargie oft beschimpften, sind Leute geworden, die Sie nicht mehr

3. Brief eines Angestellten (kleine westdeutsche Stadt)

... »Persönlich geht es uns soweit noch gut. Wir sind alle gesund. Eier und Butter sind ja etwas knapp geworden, aber wir können nicht klagen. Wir haben noch gute Beziehungen zu Bauern, noch von der Kriegszeit her und später aus der Inflation. Wir sind jedenfalls mit dem, was wir nötig haben, gut proviantiert. Auch sonst sind die Leute gar nicht unzufrieden. Man muß sich eben anpassen. Man trifft sich noch abends, im Wirtshaus oder in der Familie, aber von den alten führenden Genossen, die meistens lange fortgewandert sind ins Innere, wird nicht mehr viel geredet. Man kann ja niemandem ins Herz sehen. Oeftern sind wir mit G.'s zusammen und hören ausländische Stationen im Radio, natürlich nicht laut. Es ist eben interessant, mal die andern zu hören. Großen Respekt hat keiner vor den Naziführern. Aber sie sitzen auf den Aemtern, und man muß zu ihnen gehen, wenn man etwas haben will. Zu Anfang waren sie uns sehr gemein, aber heute sind sie ganz freundlich. Zum Besuche von Grete haben sie mir den Paß von sechs Wochen bewilligt. Der

eine vielseitige oppositionelle Rhetorik zur Reinerhaltung des Klassenbewußtseins. Im Juli 1932 verlangte er die Proklamation des Generalstreiks und die Bewaffnung des Proletariats in allgemeiner Einheitsfront gegen die faschistische Reaktion. Von den sozialistischen Führern wünschte er puritanische Einfachheit und stärkere Rücksichtnahme auf die Empfindungen der Massen, von denen er gutgläubig annahm, daß sie sich in dem gleichen dauernden Aufhebungszustande befänden, wie er selber. In den wenigen Briefen, die wir von ihm in der Emigration erhielten, spielt nunmehr die Frage des auf sich und die Familie bezogenen Wohlergehens die vordringliche Rolle. Die braune Diktatur hat Charaktereigenschaften in ihm entwickelt, deren er sich vermutlich selbst nicht bewußt war, als er noch frei seine Meinung sagen konnte. Aus der Reihe der kämpferischen Kräfte ist er ausgeschieden, vermutlich für immer. Wenn er so häufig vom »Versagen« der Sozialdemokratie schreibt, so ist das nichts weiter als seine psychologische Rechtfertigung vor sich selbst. Die »Anderen« sind nicht mehr sichtbar, warum also ich?...

Solche Briefe lassen sich in langer Reihe vermehren. Sie sind das Anschauungsmaterial für die dauernden Verschiebungen der politischen und seelischen Standorte der Individuen. Die braunen Machthaber behaupten, es sei ihnen endlich gelungen, »Volk« zu bilden. Sie geben die rein äußere Gleichförmigkeit des Agierens und Reagierens, die von ihnen angeordnet und erzwungen wird, als Beweis für die Schöpfung einer echten Gesinnungsgemeinschaft aus. Die seelische Haltung der einzelnen wird gleichgesetzt mit ihrem Verhalten, wenn sie in einer Masse vereinigt sind oder besser: zusammengetrieben werden. Da andere Massenbildungen in der Diktatur ebenso gewaltsam unterdrückt werden, wie jede gegen sie gerichtete Aeußerung der einzelnen, so findet der Betrug von der »Volksgemeinschaft« glaubwürdigen, weil äußerlich unwiderlegbaren Eingang.

Diese Situation macht die Uebersicht über die noch Hitlergläubigen und über die bereits oppositionellen Kräfte im Dritten Reich sehr schwierig. Niemand weiß, wie viele »isolierte« Individuen in den verschiedenen sozialen und weltanschaulichen Gruppen innerlich Gegner des Regimes in der gleichen Masse sind, mit deren totaler Beherrschung die Machthaber gegenwärtig noch ihre Politik durchsetzen können. Gerade diese Undurchschaubarkeit der politischen und seelischen Fluktuation in diesen drei Jahren legt uns die Verpflichtung zur Klarheit und zur Illusionslosigkeit auf. Sicher ist das Abebben der »Dauerekstase«, in welcher Stimmung ohnehin kein Mensch lange verharren kann. Unzählige sind ihren alten, politischen und weltanschaulichen Idealen

treu geblieben, zum Einsatz und zum Opfer für sie bereit. Viele andere haben sich »abgefunden«, und unter ihnen in nicht geringer Zahl auch solche, die einst aktiv in der sozialistischen Bewegung standen. Zugleich wachsen in ehemals »unpolitischen« Naturen aller gesellschaftlichen Schichten unter den verschiedensten Motivierungen neue Widerstandskräfte — oft gerade dort, wo die nationalsozialistischen Menschenfänger sich ihrer Beute am sichersten wähnen.

Aber die zersplitterte Opposition ist gegenwärtig nicht nur deshalb noch schwach und uneinheitlich, weil das Regime jede ihrer Lebensäußerungen und den be-

scheidensten Versuch von Bindungen und Gruppierungen unterdrückt. Heute ist die Opposition überwiegend nur eine innere Gemeinschaft im »Nein«. Darum kann sie noch nicht gemeinschaftsbildend wirken. Sie bedarf der Verbundenheit in einem Solidaritätsgefühl, das stärker ist als alle Spannungen eines großen und tiefen »Wir-Erlebnisses«, indem sich Freiheitsstreben und Kampfwille mit einem festen Glauben an das Kommende und an das Bessere in Staat und in Gesellschaft verbinden.

Die Epoche der von großen Massen getragenen »Wunschbilder« zugunsten des Nationalsozialismus nähert sich ihrem

Ende. Um so heftiger wollen Führer und Paladine glauben machen, daß sie jetzt durch Schein-Konsolidierung in der Geborgenheit des Machtbesitzes sorglos ihre Ernte einbringen können. Dabei aber sind sie voller Furcht vor den gegen sie wirkenden revolutionären Antriebskräften, deren wahren Umfang ihnen kein geheimer Gestapobehrich veranschaulichen kann. Und sie fürchten diese Kräfte um so mehr, als sie im Ablauf der europäischen Geschichte nur von einer Idee und einer unwiderstehlichen Volksbewegung getragen sein können: den im untrennbaren Bunde mit der Freiheit wirkenden Sozialismus.

Andreas Howald.

Deutsche Volkserziehung von heute

SA sorgt für deutsche Geisteskultur — Blick in das Arsenal einer parteiamtlichen »Pressestelle für deutsche Geltung im In- und Ausland«

Es ist noch nicht lange her, daß ein Befehl des »Obersten Stabschefs der SA« Lutze, dieses glücklicheren Nachfolgers des unglücklicheren Röhm, im übrigen einer besonders korrupten, aber auch willfährigen Ministerfiguren in Hitlers unmittelbarem Leibgefolge, die SA für die deutsche Kultur zu mobilisieren sich vermaß. In der Tat bleibt das ja die ewig wunde Stelle der »Machtübernahme des Führers«, daß seit Jahr und Tag die Geldschrankknacker in den Gewerkschaftsbüros, die gedrückten Scheiterhaufenhelden und Judenpogromisten im Grunde überfällig geworden sind. Selbst ein Lotterregime vom Ausmaß des Hitlerschen kann nicht die vielen Hunderttausende, die es als seine »braune und schwarze Sturmarmee« gegen das Volk aufgestellt hatte, einzeln versorgen und saturieren.

Es lohnt sich nun wirklich, dem einmal nachzuspüren, was die SA, an die »deutsche Kultur« und an deren volkserzieherische Mission verwiesen, praktisch in Szene setzt! Vor uns liegen einige Nummern der »Schulungs- und Wehrausgaben des Aufbaus«, welcher sich als eine »Pressestelle für deutsche Geltung im In- und Ausland« vorstellt. Erscheinungsort ist Bremen. Verleger und Drucker ist der »N.-S.-Gauverlag Weser-Ems«, also eine Stelle von geradezu reichsammtlicher Authentizität. Diese »Schulungsausgaben«, monatlich in vielen tausend Exemplaren kostenfrei versandt — wer bezahlt übrigens davon die Kosten? — haben »alle Verbände, Formationen und Gliederungen der NSDAP«, aber auch nur sie, »einzufordern«. So besagt eine Aufforderung im Innern der Hefte eindringlich. In der Tat bezeugen sogar behördliche Stellen des Dritten Reiches, zivile und militärische Amtsteile (z. B. eine durch einen »Kapitänleutnant und Adjutant« unterschrieben vertretene »Kommandantur Wesermünde«), daß die »Ausgaben«, wie es wörtlich heißt, »bei sämtlichen der hiesigen Kommandantur unterstehenden Dienststellen Eingang gefun-

den haben, weil wir die Veröffentlichungen dieser Schrift im Sinne der Schulung und Ausbildung als wertvoll betrachten. »Jedem Heft hängt auch ein besonderer »Schulungsteil für Beauftragte« an. Daß das Ganze unmittelbare SA-Kulturarbeit darstellt, erhellt vor allem auch aus einem in den »Ausgaben« mit untergebrachtem Poem (Ueberschrift: »Jetzt hat die Not ein Ende«), das ausdrücklich »des Führers braunes Heer« besingt und für sein »einsatzfreudiges Wachsein« Stimmung macht. Ansehend allerdings bei schwerem gelstigem Seegang für dieses einsatzfreudige braune Heer; denn eine Strophe sagt es verächtlich:

»Hinweg ihr feigen Heuchler und Spötter ohne Zahl!

Jetzt hat die Not ein Ende, ein Ende alle Qual.«

Die »Spötter ohne Zahl« (wo doch eigentlich hundert Prozent für Hitler sind!) scheinen sich vor allem an der moralischen Existenzfrage der neuen Volkbildner, eben der SA, zu reiben. Darum fühlen sich auch die »Ausgaben« für verpflichtet, folgendes der Weltgeschichte und den Spöttern ohne Zahl gleicherweise an anderer Stelle ins Stammbuch zu schreiben:

»Korps und Loge denken nur an das »Ich«. Die SA denkt an alle, denkt an das ganze Volk und niemals an sich... Die SA nimmt nichts, sie gibt nur, und wenn sie einmal zum Sammeln aufgerufen wird, dann nimmt sie nur für andere, für volkdeutsche und für nationalsozialistische Ziele.«

Danach dürften die Spötter ohne Zahl wohl das Maul zu halten haben! Denn das hat doch wohl gegessen!

Wichtiger freilich ist der meritorische Inhalt dieser vom »Aufbau«, bzw. der »Pressestelle für usw.«, bzw. der SA in Schulmeisteruniform gebotenen Volkserziehung und »Ersiehung!« Sozusagen mitten in die Dinge springt da jenes Heft (vom 31. Mai d. J.) hinein, das die koloniale Gleichberechtigung Deutschlands fordert. Wie

macht man das zuzüglich der notwendigen und befohlenen Volksaufklärung? Gleich auf der Titelseite geht's los! Da steht die »Anerkennung eines Amerikaners, die da lautet:

»Von allen Schutzherren in Afrika hat der Deutsche die reinsten Hände und die besten Aussichten.«

Das wird nun einem Volk zur »Aufklärung« geboten, das sich noch sowohl an den Tippelskirch- wie an den Petersakandal erinnert und auch daran, daß einmal ein gewisser Noeke die Nilferdpeitschen, welche die deutschen Oberleutnants und Assessoren in Kamerun mit System handhabten, gleich auf den Tisch des darob sehr entrüsteten Reichstages legte.

Dem »einen Amerikaner« entspricht »ein Eingeborener aus Daressalam« weiter unten, der schon deutlicher gesagt hat:

»Kommt wieder, damit das goldene Zeitalter wieder anfängt.«

Schade, der Mann hat leider nicht über seinen eigenen Erdteil blicken können, als in der Wüste Kalahari in Deutsch-Südwest ein ganzes Volk mitsamt Frauen und Kindern vom deutschen Militärkordon dem qualvollsten Dursttod preisgegeben wurde. Das waren damals die Hereros. Nicht etwa, daß die anderen es viel besser und edler gemacht hätten; da sei Gott und Cecil Rhodes vor. Nur welche stürmische Heiterkeit würde in England oder Frankreich solche koloniale »Volkserziehung« hervorrufen, die so kindisches Zeug vorbringen wollte bei einem so problematischen Gegenstand?!

Die immer bis zur Unumstößlichkeit vortäuschende Anonymität irgendwelcher »Quellen« ist überhaupt der besondere Trick dieser Art von »Volkserziehung«. Das hat man von Hitler persönlich übernommen, der als Schreiber und als Redner auch mit den selbsterfundnen Gewährsmännern nur so jongliert! Man erfindet auch einfach Dokumente, ganz, wie man sie braucht. Das folgende ist

Der Olympia-Clou

»Die Brandstätte des Plenarsaales im Reichstagsgebäude, die über drei Jahre nicht zugänglich war, ist wieder zur Besichtigung freigegeben worden. Die Besichtigung geschieht im Rahmen der vom Führungsdienst der NS-Gemeinschaft »Kraft durch Freude«, Gau Berlin, regelmäßig veranstalteten Führungen im Reichstagsgebäude.«

(Deutsche Zeitungsmeldung.)

Eingetreten! Brillen zücken!
Jeden muß der Anblick laben,
keiner darf sich darum drücken,
kein Olympiagast darf reisen,
ohne dies gesch'n zu haben,
ohne unsern Witz zu preisen
und die List der braunen Knaben.

Kommt und staunt mit Herz und Hand,
unser Einfall — Reichstagsbrand!

Eingetreten! Welch ein Fressen!
Seht hier uns're Kampfweise,
sich auf off'ner Bahn zu messen,
ziert fürwahr nur den Idioten.
Zündelt! Brandschatz heimlich, leise
und beschuldigt dann die Roten,
daß man euch als Retter preise.

Lug und Mord zum Unterpfeiler,
unser Einfall — Reichstagsbrand!

Eingetreten! Heil euch, Gäste!
Während ihr zum Sportfeld schreitet,
haben wir schon neue Feste,
Feste blutig und voll Schrecken
für euch alle vorbereitet,
Hei, das wird ein Echo wecken,
wenn der Vorhang niedergleitet!
Eingeäschert Land um Land,
unser Einfall — Weltbrand!

Der neue Stil

Rosenbergs Stifabrik.

Das Dritte Reich hat eine neue Zensurinstanz erhalten. Hitlers Reichsleiter für braune Weltanschauung, Alfred Rosenberg, gibt bekannt, daß er eine »Zentralstelle für weltanschauliche Gestaltung« eröffnet hat; sie soll »die Voraussetzungen für eine einheitliche deutsche Lebensgestaltung schaffen, die der Gesamthaltung des Nationalsozialismus entspricht...« Ueber diese Fabrikation eines »neuen deutschen Lebensstiles« sprach Rosenberg vor den braunen Kreisleitern und leistete sich dabei Blüten folgenden Kalibers:

»Wir können beobachten, daß Menschen, die über Probleme eines Gebiets streiten, oft nur deshalb verschiedener Meinung sind, weil sie von verschiedenen Voraussetzungen ausgehen. Wären diese geklärt, würden die verschiedenen Auffassungen sich entweder fremd, aber faßbar gegenüberstehen oder aber schnell den Weg zu einer Verständigung finden. Daher kann nur die der nationalsozialistischen Weltanschauung entsprechende einheitliche gedankliche Ordnung den notwendigen einheitlichen Gestaltungswillen hervorrufen.«

Wir zitieren hier nicht etwa einen böswilligen Bericht oder ein Witzblatt, sondern die Nazipresse. Wenn man »die Voraussetzungen« klärt, gibt es keinen Streit mehr — man braucht nur das obige Deutsch und diese Konfusion zu würdigen, um einen Begriff von der »gedanklichen Ordnung« dieser anmaßenden Scharlatane zu bekommen. Und was die Leistungen anbelangt, so gilt in jedem Falle das Parteibuch:

»Dieser Gestaltungswille ist nach unserem alten Grundsatz notwendig verbunden mit dem Willen zur höchsten Leistung, d.

h. nicht Leistungen an sich, sondern stets im Zusammenhang mit jener alles bedingenden Seelen- und Charakterhaltung, wie sie im Anfang nationalsozialistischer Entwicklung stand.«

Das heißt wiederum: Nicht die beste Leistung, nicht das wirkliche Können gelten, sondern die Strammheit und die abgestempelte Gesinnung. Diesen »neuen Lebensstil« der Impotenz hat Heinrich Heine schon im Atta Troll hochgenommen:

»Die scheelsüchtige Impotenz hat endlich nach tausendjährigem Nachdenken ihre große Waffe gefunden gegen die Uebermühtigen des Genius; sie fand nämlich die Antithese von Talent und Charakter. Es war fast persönlich schmeichehaft für die große Menge, wenn sie behaupten hörte: die braven Leute seien zwar in der Regel sehr schlechte Musikanten, dafür jedoch seien die guten Musikanten gewöhnlich nichts weniger als brave Leute, die Bravheit sei aber in der Welt die Hauptsache, nicht die Musik. Der leere Kopf pochte jetzt mit Fug auf sein volles Herz und die Gesinnung war Trumpf. Ich erinnere mich eines damaligen Schriftstellers, der es sich als ein besonderes Verdienst anrechnete, nicht schreiben zu können. Für seinen hölzernen Stil bekam er einen silbernen Ehrenbecher.«

Vernichtenderes ist zum braunen »Lebensstil« nicht zu sagen, und jener silberne Ehrenbecher müßte heute Rosenberg und Konsorten zufallen! Nur eins ist uns noch aufgefallen: Rosenberg quasselt von einer »Seelen- und Charakterhaltung, wie sie im Anfang nationalsozialistischer Entwicklung stand...« Soweit man aus dem Undeutsch dieser Undeutschen klug werden kann, meckert hier ein Oberbonze und

beschuldigt die braune Bewegung der Gegenwart, noch minderwertiger geworden zu sein als ehemals. Das sagt die SA schon lange. Aber diesen Verkalkungs- und Verbrennungsprozeß des Apparates wird Rosenbergs baltische Stifabrik selbst dann nicht aufhalten, wenn er deutsch könnte.

Gegen Giftgas

Gute, populär gehaltene Bücher, die sich mit dem neudeutschen Rasseirrsinn auseinandersetzen, sind rar. Man muß darum ein Buch begrüßen, das jüngst erschien: »Der Mythos von Blut und Rasse« (Verlag Rudolf Harand, Wien.) Dr. Hugo Illits ruft darin zum Kampf gegen das geistige Giftgas des Rassismus auf. Er gibt einen Ueberblick über die bisherigen Ergebnisse ernster, wissenschaftlicher Rasseforschung und stellt dem die Philosophie, Phantasterei und Skrupellosigkeit der braunen Rassefanatiker gegenüber. Die »ökonomischen Wurzeln« des Rassenhasses sind in der politischen Agitation oft genug beleuchtet worden. Illits führt ein besonders schlagendes Beispiel an: Yankees, Indianer und Neger. Zur Zeit der Eroberung Nordamerikas wurden auch die Indianer von den Eroberern gehaßt und als Rasse verachtet, heute werden sie in Amerika besungen, und wenn einer Yankeefamilie ein Tropfen Indianerblut nachgewiesen werden kann, ist sie geradezu stolz darauf.

»Die Rasse der Indianer war so lange schlecht und verächtlich, als die Indianer gefährliche Gegner waren, als man ihnen ihr Land mit Gewalt wegnehmen, ihre Hütten verbrennen mußte. Heute sind die Indianer Nordamerikas im Aussterben, ihre Rasse ist ungefährlich — und daher

totsicher erst — nach Jahren — in einer Nazi-Redaktion entstanden:

»Resolution.

Die Mannschaften des 1. Inf.-Regts. (der Roten Armee) haben beschlossen, nachdem 8 Mann bei Dachau gefallen sind, sofort Geklein zu erschließen: pro Mann 5 Geiseln, also 40 Geiseln. Diese Resolution muß sofort vollzogen werden.

Die Mannschaften des Inf.-Regts. der 1., 2. und 3. Abt.

An Egelhofer: Bitte die Sache in die Hand zu nehmen. Unterschrift.

Man kann über die Münchner Räteherrschaft manches sagen, genau so, wie über den grausigen Schrecken, mit dem sie wieder weggefegt wurde. So dumm war sie ganz sicher nicht, daß, außer vielleicht in Herrn Fricks Phantasie, der ja hier besonders zuständig ist, eine solche »Resolution« existierte! Und hätte sie dem Frick damals wirklich ein findiger Kriminalkommissar angedreht, so verdiente der Mann heute noch, wegen vollendeter Blödsinnigkeit in Ausübung seines Berufes erschossen zu werden.

Mit einem »Paragraph 1 des Sowjet-Feldreglements« ist es genau dasselbe! Das bestimmt angeblich, daß

»die Rote Armee die kapitalistische Staats- und Gesellschaftsform im Angriff gegen alle bürgerlichen Staaten zu vernichten habe...

Wie? So was schreibt man in ein »Feldreglement?« Selbst in einer staatlich anerkannten Idiotenschule könnte man das schwer an den Mann bringen. Zur »Volksaufklärung« durch die SA ist das aber gerade gut genug! Ja — von dieser geschichtlichen Betrachtung aus lassen sich dann weiter mit Vergnügen und riesigen Erfolgchancen die Minister anderer Länder folgendermaßen förmlich ankotzen:

»Staatsmänner Europas, ihr habt die verdamnte Pflicht, euer nationales Arbeitertum von den Banditenmethoden jüdischer Lohnrücker und Erpresser zu bewahren.«

Könnten da wohl die Staatsmänner Europas auch nur eine Sekunde noch zaudern?! Das können sie wohl nicht!

So, nämlich immer mit demselben simplen Leichenfledderer-Trick in bezug auf geschichtliche und politische Tatbestände und Sachverhalte geht das ganze Heftte hindurch, die, wie gesagt, »die deutsche Geltung im In- und Auslande heben sollen! Der arme Erzberger — ausgerechnet er — ist ein »jüdischer Fachmann« für — freimaurerische Umtriebe; Stressemann »der gehorsame und sich unterordnende Freimaurer«; und wieder »eine« Freimaurer hat einmal (wann, wo, wer?) gesagt: »Es ist gut, daß du nicht gestegt hast, Deutschland!« Da kann man also gar nix machen!

Von der Pubertätsromantik des zwanzigjährigen »alten Kämpfers« aus wird nicht nur die Intelligenz, sondern auch der Geschmack des Volkes eingeschätzt. Einem geschichtlich geradezu monumentalen »Aufklärungsartikel« über die — natürlich! — bolschewistischen »Flintenweiber von Riga« entnehmen wir die folgende Perle neudeutscher Geschichtsschreibung:

»Entsetzliche Szenen spielten sich ab, wenn diese teuflischen Frauenzimmer entzweifnet

Die braunen „Weisen von Zion“

Als im Mai 1930 der Osaf im Berliner »Hotel Sanssouci« in der Linkstraße eine siebenstündige, heftige, zum Bruch führende Auseinandersetzung mit dem eigenwilligsten und selbständigsten seiner Getreuen, Otto Strasser, hat, schleudert er dem Unbotmäßigen auch die Phrase ins Gesicht: »Glauben Sie mir, der ganze Nationalsozialismus wäre nichts wert, wenn er sich nur auf Deutschland beschränkte und nicht mindestens tausend bis zweitausend Jahre lang die Herrschaft der hochwertigen Rasse über die ganze Welt besiegelte« — der hochwertigen Rasse, wie sie in der Musterprobe Hitler-Göring-Göbbels den Neid und die Bewunderung des Universums erregt. Solche Salbaderei hören und betroffen zusammenzucken, ist für Strasser eins. Wie? Weltherrschaft einer Rasse, die sich auserlesen dünkt? Hat man nicht in zahllosen Versammlungen dem biederen deutschen Michel einen Schauer über den Rücken gejagt, weil die Weltherrschaft das teuflische Ziel des »auserwählten Volks«, deutlicher, der jüdischen Hochfinanz sei, und jetzt soll der Nationalsozialismus, der durch Aufdeckung jener Umtriebe großgeworden ist, das gleiche Ziel — —? Etwas bestürzt deutet Strasser dem »Führer« an, was er empfindet, aber der winkt unwirsch ab.

Die Darstellung jener Unterredung bleibt eine der aufschlußreichsten Urkunden für die wahren Bestrebungen der ungeheuren Weltbewegung, die sich Nationalsozialismus nennt, und Alexander Stein in seiner soeben erschienenen Schrift »Adolf Hitler, Schüler der »Weisen von Zion« (Verlagsanstalt »Graphia«, Karlsbad, 1936) greift mit Recht darauf zurück. Wenn sich die ungemein nützliche Arbeit, wie schon ihr Titel verrät, sich mit der Sudelschrift »Die Protokolle der Weisen von Zion« befaßt, vermag man sich die Ekelgefühle eines methodisch geschulten Geistes bei dieser Tätigkeit vorstellen. Jener inzwischen stramm gleichgeschaltete Hans Reimann hatte ja herrlich recht, als er, vor dem Machtantritt der Braunen, an den »Völkischen Beobachter« schrieb:

werden, sie kreischen hysterisch, versuchen zu kratzen und zu beißen und toben wie in vollendetem Irrsinn. Es gibt einzelne, die in dem Augenblick, in dem man sie an die Wand stellt, die Röcke hochheben, sich breitbeinig hinstellen, den Soldaten die völlig (!) entblößte Kehle zugehen und sich in dieser Stellung laut lachend und kreischend von den Gewehrhalven zerfetzen lassen.«

Immerhin ist zu bedenken — und das Ausland übersieht das leider allzu geflissentlich aus Gründen politischer Opportunität —, daß diese Orgiastik verdorbener Halbweiliger einmal sich an lebenden Objekten in Deutschland wirklich — und nicht nur, wie hier, »literarische« und »volkspädagogische« — hat austoben dürfen! Immer noch sind es dieselben Bengels, die die Bartholomäusnächte

»Sehr geehrte Redaktion! Ich wäre Ihnen für gef. Mitteilung dankbar, wann Sie von Ihrem gesch. Blatt eine Ausgabe für Erwachsene herzustellen gedenken.«

Denn die ganze propagandistische und polemische Literatur des Hakenkreuzes liegt unterhalb des Niveaus des Diskussionsfähigen, und wenn der Nationalsozialismus weiter nichts auf dem Kerbholz hätte, als daß er geistig vollwertige Menschen zwingt, an die Widerlegung des mit Barbarei paprizierten Gemischs von kindischem Schwatz, blutigem Dilettantismus und ausgewachsener Paranoia, das als nationalsozialistische »Weltanschauung« firmiert, Zeit und Kraft zu vergeuden, schon dann allein wäre er eine Kulturschande.

Was es mit den »Weisen von Zion« auf sich hat, weiß man. Einer der beredtesten und lebendigsten Vorkämpfer der französischen Demokratie, Maurice Joly, Rechtsanwalt und Abgeordneter, veröffentlichte 1864 im Brüsseler Exil ein Pamphlet gegen Napoleon III., den Kaiser von Staatsstreichen Gnaden, das unter dem Titel »Gespräche aus der Unterwelt zwischen Machiavelli und Montesquieu« die perfiden Herrschaftsmethoden der plebisitären Diktatur den Grundsätzen der demokratischen Staatsform gegenüberstellte. Als nun im zaristischen Rußland der achtziger und neunziger Jahre die Pogrom-Ideologien den Selbstherrscher aller Reußen für ihre verbrecherischen Pläne durch Aufdeckung einer »jüdischen Weltverschwörung« einzufangen gedachten, waren sie zu faul oder zu dumm, sich in eigene geistige Unkosten zu stürzen und übertrugen die Meinungen, die Joly Machiavelli als einem Lobredner des vollkommen moralfreien Despotismus in den Mund gelegt hatte, auf einige willkürlich erfundene jüdische Führer, die »Weisen von Zion«. Selbiges Erzeugnis der russischen Ochrana wurde 1919 ins Deutsche übersetzt, und da die geistig Armen in einer Zeit großer Verwirrung gierig nach jedem betäubenden Fusel griffen, in mehr als einer Auflage gedruckt. Dieses Machwerk, von dem selbst rechtsstehende unbefangene Beur-

in den SA-Verlesenen und Konzentrationslagern unter Duldung, ja auf Geheiß der heutigen Machthaber in Deutschland, veranstaltet — — —

Jawohl — und das wäre allerdings das Fazit solcher Ueberprüfung einer wichtigen Sparte, die jetzt die deutsche Propaganda für den inneren und äußeren Gebrauch ausfüllt —: diese Volksbelehrung und Volks-erziehung ist nun das, was übrig geblieben ist von der Arbeit von drei Generationen auf dem Gebiete der geistigen Mündigmachung des Untertans zum Bürger! Es überläuft einen kalt, wenn man an die nächste Zukunft eines so »aufgeklärten« Volkes denkt! F. E. Roth.

teiler erklärten, es mache den Eindruck, als sei es »von einem Geisteskranken verfaßt, und zwar von einem ungebildeten Geisteskranken«, ist im »Dritten Reich« Lehrmittel für Klippschüler, Mittelschüler, Hochschüler; die neue Generation des »Volkes der Dichter und Denker« wird an der Hand der »Protokolle der Weisen von Zion« erzogen!

Da sich aber außerhalb des Stacheldrahtverhaues, der Deutschland gegen den Geist und die Kritik absperrt, alle Welt darin einig ist, daß es sich bei den »Protokollen« um ein plummes Plagiat und eine stumpfsinnige Fälschung handelt, hätte es auch für Alexander Stein nicht gelohnt, Gummihandschuhe anzuziehen und diesen Klumpen Unrat anzufassen, wenn es ihm nicht darum gegangen wäre, die Erkenntnis, die an jenem Maitag 1930 flüchtig hinter Otto Strassers Stirn aufblitzte, weiter auszubauen. Es ist eine Erkenntnis, die in der logischen, sachlichen, schlüssigen Art dieser Darstellung zu einer verblüffenden Enthüllung wird, nämlich: die satanischen Grundsätze, mit denen sich angeblich die Führer des »Weltjudentums« der Macht bemächtigen und an der Macht behaupten wollten, die gleichen satanischen Grundsätze sind die Leitgedanken der nationalsozialistischen Bewegung geworden! Schon der Großpapa der Judenhetze, der olle unehrliche Fritsch, empfahl in seiner Ausgabe jener Sudelei den Politikern und Diplomaten, »bei den Generalspitzen aus dem Orient in die Lehre zu gehen, und — bei Teut und Wotan! — sie sind bei den »Weisen von Zion« in die Lehre gegangen! Ohne »Weise von Zion« kein »Führer« Hitler, kein »Mein Kampf«, kein Nationalsozialismus, kein »Drittes Reich«!

Die Beweise? Steins Schrift strotzt auf jeder ihrer 117 Seiten von Beweisen. Die Mißachtung des Rechts zugunsten der brutalen Macht, die Geringschätzung der »urteillosen« breiten Masse, der »Führergedanke«, die raffinierte Ausböhlerung der bestehenden Verfassung, die Besudelung von Parlament und Parteien, die Anwendung von zügelloser Heuchelei und zügelloser Gewalt, um hochzukommen und hochzubleiben — wie all das Theorie und Praxis der Nazis ausmacht, aber sich zuerst bei den »Weisen von Zion« findet, weist Stein mit einer Fülle von Zitaten überzeugend nach.

Scheint nicht Göring in Person augenrollend zu wüten, wenn die »Protokolle« besagen:

Ich kann es mit voller Ueberzeugung sagen, daß wir zur Zeit die Gesetzgeber sind; wir sprechen Recht und üben die vollziehende Gewalt aus, wir strafen und begnadigen, wir sitzen als Führer aller unserer Heere hoch zu Ross... Wir verfügen über einen ganz unbändigen Ehrgeiz, brennende Habgier, schonungslose Rachsucht und unerbittlichen Haß. Von uns geht das Schreckgespenst, der umfassende Terror, aus.

gut. Die Neger dagegen, die sich stark vermehren und in ihrer Bedürfnislosigkeit und Geschicklichkeit nicht ungefährliche Konkurrenten darstellen, haben natürlich eine schlechte Rasse.«

Es kann auch einmal so kommen, daß ein Teil der Farbigen zur Hochrasse und als dem Arier verwandt erklärt wird, wenn nämlich ein gelbes Volk etwa als Verbündeter so nötig gebraucht werden könnte, wie die Japaner für Hitlerdeutschland. Der deutsche Rassismus ist eben ein Stück Machtpolitik und darum eine direkte Bedrohung der übrigen Völker. Den Widersinn dieser Seuche und ihre ungeheuren Gefahren will Ilitis mit seinem Bändchen nachdrücklich demonstrieren, denn man kann leider nicht sagen, daß von seiten der Wissenschaft genug gegen das rassische Giftgas der braunen Neugermanen geschähe. — Bei einer Neuauflage der Schrift wäre vielleicht eine einheitlichere, übersichtlichere Gliederung des Stoffes zu empfehlen, aber ihr besonderer Vorzug ist es, daß sie wissenschaftliches Denken mit populärer Darstellung und klarer Sprache verbindet.

K. R.

Grenzlandhege

Wenn sich die Nazipresse an einem neuen Buche begeistert, ist es immer etwas Nationalistisches. Wiedermal ist es ein Grenzlandroman, er heißt auch »Das Dorf an der Grenze« und das Dorf liegt an »der Tausendkilometerfront des Ostens, einst Schatzdorf, jetzt Skopnica genannt, vor dreißig Jahren rein deutsch, heute schon halb alawisch...« So eine Besprechung im Königsberger Naziblatt ist beinahe aufschlußreicher als das Buch selbst. Da skizziert der

Rezensent, wie »das verhaßte, fremdstämmige Wirtsvolk gezeichnet« wird, wie ein deutscher Lehrer diese Auslandsdeutschen zum Kampfe sammelt. »Was dieses Schatzdorf erleben muß, das widerfährt täglich tausenden Dörfern an der Ostgrenze...« Der Hilferuf an Deutschland ergeht, denn »das andere ist, daß der Osten ohne Deutschland leben kann, Deutschland aber nicht ohne den Osten...«

Gegen Bekenntnisse nationaler Solidarität auch über Grenzen hinweg wäre nichts zu sagen, wenn im Dritten Reich nicht auch daraus ein Falschspiel gemacht würde. Die tausenden deutscher Dörfer hinter der Ostgrenze, das sind der Korridor, die polnische Westgrenze, Oberschlesien. Zehnjähriger Nichtangriffspakt, Verzicht auf Korridor und Grenzänderung in der Politik — in der Literatur aber der Irredentaschrei und der Ruf der »unerlösten Gebiete« nach Befreiung. Solches Doppelspiel muß die Völker verwirren, die politischen Sitten verderben, die internationalen Gefahren steigern, die europäische Verständigung erschweren. Es ist gemeingefährlich und verlogen.

... und weil alle Leser, etwa von den Sechzehnjährigen an, dieses politisch überragend wichtige Buch verstehen können, gehört es in Stadt und Land in jede Volks-, Lehrer- und größere Schülerbücherei, in die Hitlerjugend und in alle Parteiorganisationen, in möglichst viele deutsche Hände und Herzen.«

Ein antislawisches Hetzbuch für Sechzehnjährige! Denn heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt... So wird in Gangsterien der Friedensgeist gepflegt, von dem Hitler in seinen Reden fabelt.

Der Kriecher

In der nationalsozialistischen Parteiliteratur ertönt ein Notschrei gegen die eigene Charakterlosigkeit. Es heißt da:

»Das Kriechertum unterwühlt jedes Vertrauensverhältnis und zerfrisst alle Kameradschaft. Es entwürdigt den Leistungsgrundsatz und erlisst für liebedienerische Jämmerlinge die Posten und Stellen, die allein dem aufrecht Strebenden zustehen. Der durch das Kriechertum angerichtete Schaden trifft die Volksgemeinschaft in einem Ausmaße, das ihre innere Kraft und die nach außen vertretbare Macht wesentlich schwächt. Es ist ein Ueberbleibsel aus der liberalistisch-marxistischen Zeit, das mit Stumpf und Stiel aus dem Volkskörper ausgebrannt werden muß, damit die Gemeinschaft völlig gesunden und die nationalsozialistischen Ideen verwirklicht werden können... Die Unmöglichkeit für den Vorgesetzten, jedem Untergebenen ins Herz schauen zu können, läßt den Kriecher bisweilen achtbare Erfolge erschleichen...«

Drei Jahre nach dem »großen Umbruche« kann sich das Dritte Reich vorm Kriecher nicht retten! Ein System, das Kriecher züchtet, beschwert sich über seine eigene Zucht und schreibt sie ausgerechnet einer Zeit aufs Konto, in der Spitzel und Denunzianten, die Schrittmacher des Kriechertums, denkbar schlechte Konjunktur hatten, weil damals eine eigene Meinung nicht mit KZ bestraft wurde, sondern als selbstverständlich galt. Im Dritten Reich aber konkurriert alles in der gleichen feilen Gesinnungslosigkeit, der »alte Kämpfer« beschwert sich infolgedessen über die Konkurrenz und nennt sie Kriecherei. In der Despotie klagt immer ein Kriecher über Kriecherei der anderen.

Der »stinkende Mistwagen«

normal: deutsche Hochschule.

»Es ist eine Tatsache, daß durch die neuen nationalsozialistischen Schulen ein Großteil der besten Jugend gar nicht mehr an die Hochschule kommt, so daß von manchen Leuten schon der etwas übertriebene Ausdruck geprägt wird: Was auf der Hochschule heute noch herumläuft, sind nur körperliche oder geistige Krüppel, Marionetten der »Wissenschaft«, die mit ihren toten Theorien durch die Landschaft fuhrwerken wie mit einem stinkenden Mistwagen. Es sind Leute, die im Leben den Anschluß verpassen, weil sie mit dem Brett der »Objektivität« vor dem Hirnkasten und einem mit viel Geld und Büffeln erkaufen Titel die Hochschule verlassen, ohne die innere Festigkeit gefunden zu haben, die sie jetzt unbedingt brauchen.

Was tun dagegen die Herren Wissenschaftler?

Die einen gehen mit ihrer »objektiven« allgemeingültigen Wissenschaft weiterhin hausieren.

Die anderen sind die geistigen Schleimer, die uns — gewollt oder ungewollt ist ganz gleich — den Zustrom an jungen Kräften abzuschneiden drohen. Sie sind die größten, von sich »überzeugtesten« Maulhelden. Sie fabrizieren den schillerndsten Edelquatsch, indem sie den Hörern wohlpräparierte, politisch überhohte Kollegs vorsetzen und mit nationalsozialistischem Gedankengut Schlitten fahren. Die Leute drohen, uns die Hochschule allmählich vollkommen unbrauchbar zu machen.« (»Die Bewegung«, Berlin.)

Sind es nicht Göbbelsche Richtlinien, die in den »Protokollen« also verkündet werden:

Mit der Presse werden wir in folgender Weise verfahren. Wir werden ihr einen Zaum anlegen und die Zügel straff führen... Niemand darf ungestraft unsere Vormachtstellung oder unsere Unfehlbarkeit antasten... Keine Nachricht wird ohne unsere Prüfung in die Öffentlichkeit gelangen... Jeder Verleger, Drucker oder Buchhändler wird genötigt sein, einen besonderen Erlaubnisschein für die Ausübung seines Berufes zu erwerben, den wir bei dem geringsten Verstoß gegen unsere Weisungen sofort einziehen werden... Bücher und Zeitschriften sind zwei der wichtigsten Erziehungsmittel. Aus diesem Grunde wird unsere Regierung das Eigentumsrecht der meisten Zeitungen und Zeitschriften erwerben.

Sind es Anweisungen des Kultusministers Rust — nein, es sind wiederum die »Protokolle«, wenn es heißt:

Sobald wir zur Herrschaft gelangt sind, werden wir in den Schulen aus dem Lehrplane alles streichen, was irgendwie zersetzend wirken kann... Wir werden aus dem Gedächtnis der Menschheit alle Tatsachen der Geschichte streichen, die uns unbehagen sind... Wir werden jede Lehrfreiheit beseitigen... Wir haben erkannt, daß diese Erziehung sich auf alle Altersstufen ausdehnen läßt... Aus dieser reichen Lebenserfahrung wird es uns sicher gelingen, auch das letzte Aufflackern einer selbständigen Meinung zu ersticken.

Und blühte sich nicht der merkwürdige Großmiegelbewahrer des braunen Rechts, Frank, vor einem in Reih und Glied angetretenen Schulungslager von Referendaren mit der Lästung:

Unser Recht liegt in der Stärke. Das Wort »Recht« ist ein künstlich gebildeter und durch nichts bewiesener Begriff. Es bedeutet nicht mehr als: Gebt mir, was ich wünsche, damit ich einen Beweis dafür habe, daß ich stärker bin als ihr.

Abermals nein! Auch das steht in den »Protokollen der Weisen von Zion«, wie noch sehr vieles darin steht, was dem Mister Eden und anderen naiven Staatsmännern ans Herz zu legen wäre: nämlich über die Art, Verwirrung und Unruhe in andere Länder zu tragen und schließlich, »den Geist der Ehrbarkeit und des Entgegenkommens« heuchelnd, zur Weltherrschaft zu gelangen. Denn wie sich die braunen »Weisen von Zion« bisher sklavisch an die Richtlinien der »Protokolle« gehalten haben, werden sie es auch in Zukunft tun.

Wo aber liegt die Erklärung dafür, daß sich die nationalsozialistische Wirklichkeit zur Phantastik der »Protokolle« verhält wie das Positiv eines Photos zum Negativ? Stein tut mit Recht dar, »daß der nationalsozialistische Diktaturstaat sein Vorbild im Frankreich des dritten Bonaparte, im russischen Zarismus und auch im fürstlichen Absolutismus des 15. und 16. Jahrhunderts in Italien findet; nur folgerichtig, daß robuste Gedankengänge aus diesen drei Herrschaftsbereichen, Renaissance-Italien, Zweites Kaiserreich und Zarismus, diesen robusten Hirnen wie Oel eingingen. Aber sieht man einen Augenblick davon ab, daß das braune Regime, von Kopf bis zu den Füßen von Blut und Schmutz triefend, für Deutschland und die Welt eine schauerliche Tragödie darstellt, könnte es als die groteskste aller Grotesken erscheinen: wie »nordische Edelmenschen« dadurch zur Macht kommen, daß sie »krummen Nasigen Untermenschen« alle Mittel der Lüge, des Betrugs, der Heuchelei, der Zersetzung, der Gewalttat und Gemeinheit nachsagen, und wie dann die »Nordiker« die gleichen Mittel der Lüge, des Betrugs, der Heuchelei, der Zersetzung, der Gewalttat und Gemeinheit hemmungslos anwenden! Hat nicht ein Weiser, diesmal kein »Weiser von Zion«, gesagt: Wie sich der kleine Moritz die Weltgeschichte vorstellt, genau so ist sie! Man darf hinzufügen: Wenigstens im »Dritten Reich«!

Pierre Ponce.

Feiner Mann — was nun?

So unfruchtbar im allgemeinen die Lektüre der braunen Presse ist: manchmal entdeckt man als bellüftige Lese Frucht eine lohnende kleine Arabeske. Kürzlich gab es auf dem Wannsee eine internationale Motorboot-Regatta. Mitten im Bericht der DAZ liest man da:

»Pünktlich um 16.35 Uhr, also fünf Minuten vor Beginn des italienisch-deutschen Treffens der Außenborder (Klasse A), traf Reichsminister Dr. Göbbels mit seiner Familie und anderen Gästen auf seiner Yacht ein, um dem Endkampf um den von ihm für dieses Rennen gestifteten Ehrenpreis beizuwohnen.«

Die feinen Leute, denen der Yachtbesitzer einst seine Sturmflut unter die erschrockenen Nasen gehalten hatte, begrüßten ihren heute Pflöckchen mit stürmischen Zurufen. Der künftige Schreiber des Romans eines Arrivierten darf hinzufügen: »Ueber die Wellen des Wannsees blitzten, zarte Kringle zurückwerfend, die Perlen von Frau Magdas Halskette.«

Ein Wochenspiegel deutscher Sozialpolitik

Womit sich die Arbeitsfront beschäftigt

Die täglich erscheinende amtliche Korrespondenz der Deutschen Arbeitsfront berichtet abwechselnd über die Reisevereinstätigkeit von »Kraft durch Freude« und über den neuen »sozialen Ehrenkodex«. Ueber die Lage der deutschen Arbeiter scheint amtlicherseits Nachteiliges nicht bekannt geworden zu sein, es wird nichts berichtet. Wir haben uns einmal die Mühe gemacht, aus der Deutschen Arbeitsfrontkorrespondenz der ersten Juli-Woche das Gesamtergebnis der Nazi-Sozialpolitik zu ermitteln. Hier ist es:

Abschaffung des Nachtbackverbots.

In der deutschen Republik war die tägliche Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien derart geregelt, daß sie ausschließlich der Pausen acht Stunden nicht überschreiten durfte. In der Zeit von mindestens 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens mußten alle Arbeiten vollständig ruhen. Die deutsche Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften hatten in zähen Kämpfen das Nachtbackverbot durchgesetzt. Heute berichtet die DAK:

»Die DAF schafft Ordnung im Bäckergewerbe.«

Durch Verordnung vom 30. Juni 1935 ist der Arbeitsbeginn von 6 Uhr morgens auf 4 Uhr vorverlegt worden. Gegenüber kritischen Stimmen, die meinen, »daß damit dem Nachtbackverbot sehr bald der Garaus gemacht würde«, meint die DAK, daß die Arbeitsfront die Durchführung garantieren könne. Gleichzeitig wird aber erklärt, daß es bisher nicht möglich gewesen sei, die bestehenden Vorschriften einzuhalten.

»Die DAF kann feststellen, daß es weder den 800 Gewerbeaufsichtsbekannteten, noch den z. T. interessierten Innungskontrollleuten gelang, einen gesunden Zustand im Bäckergewerbe herbeizuführen.«

In Zukunft hofft die Arbeitsfront auf die Hilfe der Ehrengerichte und im übrigen wird dafür gesorgt werden,

»daß wirklich alle anständigen Bäckermeister die Mitgliedschaft zur DAF besitzen.«

Die »Soziale Praxis« klagte erst kürzlich darüber, daß sich die Bäckermeister nicht »in die soziale Rechtsordnung eingliedern« ließen. Was tut die Arbeitsfront? Sie zerrt nicht etwa die Widerspenstigen vor das Ehrengericht, sondern hebt das Nachtbackverbot auf und keilt sie zu Mitgliedern, denn die Mitgliedschaft »wird der Ehrengleichheit sein, welcher jeden willigen Mitkämpfer an der Volksgemeinschaft schmücken wird«.

Schutz des Arbeitsdienstes.

Als eine weitere soziale Notwendigkeit berichtet die DAK vom Schutz des Arbeitsdienstes im neuen Strafrecht. Der Bericht der Strafrechtskommission hebt hervor, daß künftig strafbare Angriffe auf die deutsche Arbeitskraft »mit der ganzen Strenge des Gesetzes geahndet« werden würden. Man sollte meinen, daß im kommenden Strafrecht die Menschen, die als Opfer jenes Arbeitsdienstes ausersuchen sind, als schutzwürdiges Rechtsgut behandelt werden. Weit gefehlt, zu den Delikten gehört nicht etwa die schamlose Ausbeutung der Arbeitskraft im Arbeitsdienst, sondern die »Zersetzung des völkischen Arbeitswillens«. Wer es wagt, das Martyrium der Arbeitsdienstpflichtigen zu kennzeichnen, treibt »verantwortungslose Propaganda und wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, in besonderen Fällen mit Zuchthaus bestraft.

»Es muß darauf Bedacht genommen werden, die Manneszucht im Arbeitsdienst unter allen Umständen hochzuhalten... auch in diesen Bestimmungen zeigt sich der Zweck des neuen Strafrechts.«

Da die Volksgemeinschaft höher steht, als der Schutz der Arbeitskraft, so gilt die Kritik an den unsozialen Methoden des Arbeitsdienstes als Schädigung der »nationalen Arbeitskraft«, dafür muß gebüßt werden. Ein Schutz des Arbeitsdienstpflichtigen würde den Grundsätzen nationalsozialistischer Sozialpolitik widersprechen.

Friedliche Sozialversicherung.

Die DAK meldet als Zeichen für die Besserung der wirtschaftlichen Lage den weiteren Rückgang der Streitfälle vor den Spruchinstanzen der Sozialversicherung. Die Zahl der Fälle ist gegen 1934 um 10 Prozent zurückgegangen. Von 190.000 Klagen wurden nur 84.000 durch Urteil erledigt, der Rest durch Zurücknahme oder Vergleich. Die Verminderung der Zahl der Streitfälle wird als Verdienst der Rechtsberatungsstellen der DAF gerühmt. Man kann hinzufügen, daß schon das Bestehen dieser arbeiterfeindlichen »Rechtsberatungsstellen« genügt, um die

Versicherten davon abzuhalten, ihr Recht noch zu suchen.

Löhne im Steinkohlenbergbau.

Als weiterer Beweis für die Gesundung der sozialen Verhältnisse wird aus dem oberschlesischen Steinkohlenbergbau von der Verbesserung der tatsächlichen Arbeitsverdienste berichtet.

»Trotzdem keine Aenderungen auf tariflichem Gebiet vorgenommen wurden, ist der Effektivverdienst infolge der gestiegenen Erzeugung weiter leicht angestiegen. Der Barverdienst je verfahrenre Schicht betrug im Januar 1935 5.68 RM.«

Zu diesem lohnpolitischen Erfolg ist zu bemerken, daß nach dem Statist. Jahrbuch vor Hitlers sozialer Erneuerung der tatsächliche höher gewesen ist, er betrug nämlich 6.50 RM. Die DAK hat irrtümlich einmal das tatsächliche Arbeitseinkommen angegeben, und schon tritt der Lohnabbau in Erscheinung. Von den übrigen Arbeitsverhältnissen kann sie ohnehin nichts Gutes berichten, denn so schreibt die DAK:

»Bedauerlicherweise sind die Wohnverhältnisse in diesem oberschlesischen Industriegebiet außerordentlich schlecht.«

Die Arbeitsfront würde gut daran tun, ihre Berichte über die soziale Lage einzelner Arbeitergruppen trotz ihres Seltenheitswertes wieder ganz einzustellen.

Büchereien für Wachmannschaften.

Die Reichsschrifttumstelle des Propagandaministeriums hat mangels einer allgemeinen Sozialpolitik wenigstens eine soziale Tat für die Wachmannschaften der Strafgefängnisse vollbracht. Den Prügelheiden der Emslandwacht wurden sechs Büchereien zur Verfügung gestellt. Ueber den Inhalt der einer Stiftung von Göbbels entnommenen Bücher wird von der DAK nichts verraten. Da der Reichspropagandaminister bei der Erziehung der Wachmannschaften gewiß auch an die Betreuung der Gefangenen gedacht hat, dürften Bücher über Körperpflege bevorzugt worden sein.

Freizeitkultur.

Anlässlich des bevorstehenden Hamburger Kongresses über Freizeitgestaltung wird den willigen Auslandsgästen auseinandergesetzt, daß eine sinnvolle Freizeitgestaltung nur dort möglich ist, wo das Prinzip der Volksgemeinschaft herrscht.

»Freizeitgestaltung« private, die sich beschränkt auf das egoistisch-individualistische »Ich«, hat für die Gesamtheit des Volkes keinen Sinn und Wert.«

In der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist bekanntlich jede Gemeinschaft der Arbeiter verpönt, der Individuallohn ist zum Prinzip erhoben worden. Wenn es sich aber um die Persönlichkeitrechte des Arbeiters handelt, dann soll er über die Betriebsgebundenheit hinaus auch in seiner Freizeit an die Gemeinschaft seines Unternehmers gefesselt sein. Die Freizeitgestaltung soll nicht mehr zur Sache des einzelnen Arbeiters gemacht und in sein Belieben gestellt sein. Der deutsche Mensch untersteht von der Wiege bis zum Grabe der braunen Diktatur.

»Es kann der Gesamtheit eines Volkes nicht gleichgültig sein, wie der einzelne seine Freizeit verbringt.«

Das deutsche Volksfest, das im Rahmen des Hamburger Kongresses für Freizeit und Erholung stattfindet, soll zum »Gemeinschaftserlebnis« werden. Es soll der Welt demonstriert werden, daß mit der »Abschaffung des Klassenkampfes« der deutsche Arbeiter aufgehört hat, inner- oder außerhalb des Betriebs ein freier Mensch zu sein.

Faschistische Sozialpolitik im Spiegel einer Woche!

Die Steigerung der Wohnungsnot

Sachverständige haben berechnet, daß jährlich wenigstens eineinviertel Millionen Wohnungen neu gebaut werden müssen, wenn die drückende Wohnungsnot in Deutschland in einem Zeitraum von dreißig Jahren behoben sein soll. Die nationalsozialistische Diktatur sieht aber die Beseitigung dieses schlimmen sozialen Übels nicht für dringlich an. Die früheren Regierungen hatten unter dem Einfluß der Sozialdemokratie jährlich erhebliche Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Die Regierung Hitlers hat diese Mittel in großem Umfange gestrichen. Sie sind der Kriegsausrüstung zugeführt worden.

Die Folge davon ist, daß der Wohnungsbau in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Selbst im Jahre 1935 ist im Vergleich zum vorhergehenden Jahre eine wei-

tere Abnahme des Baues von Kleinwohnungen auf nur 37.914 zu verzeichnen, während 1934 immerhin noch 45.562 Kleinwohnungen erstellt wurden. Aus öffentlichen Mitteln wurden Wohnungen erstellt

1935	75.207
1934	81.838
1930	242.378

Die Abnahme der 1935 gegenüber dem Jahre 1930 aus öffentlichen Mitteln erstellten Wohnungen beträgt demnach nahezu 70 Prozent.

Die öffentlichen Körperschaften und Behörden erstellten Wohnungen

1935	17.127
1934	25.760
1930	27.148

Also auch hier ein erheblicher Rückgang. Die Zahl der von den gemeinnützigen Bauvereinigungen mit Unterstützung öffentlicher Mittel erstellten Wohnungen betrug:

1935	40.050
1934	30.178
1930	121.394

Obwohl gegenüber 1934 im Jahr 1935 eine Zunahme stattgefunden hat, sind im Vergleich zu 1933 von den gemeinnützigen Bauvereinigungen kaum der dritte Teil an Wohnungen gebaut worden wie im Jahr 1930.

Der durch Neu- und Umbauten erzielte Reinzugang an Wohnungen betrug in den drei Jahren der Hitlerherrschaft 1933/35 703.000.

In den letzten drei Jahren der Weimarer Republik, in denen die Sozialdemokratie über Einfluß auf die Regierung verfügte, nämlich in den Jahren 1928/30, betrug der Reinzugang 940.000 Wohnungen.

Es muß dabei außerdem berücksichtigt werden, daß die in den Jahren 1928/30 errichteten Wohnungen den dringlichen hygienischen Bedürfnissen viel mehr entsprachen, als die in den letzten Jahren gebauten. Ein großer Teil der unter dem nationalsozialistischen Regime erstellten Wohnungen enthält kein Bad, kein Wasserklosett, ja häufig sogar überhaupt keinerlei Anschluß an die Kanalisation. Diese nationalsozialistische Wohnungspolitik verschlimmert das Wohnungselend und steigert auch die Wohnungsnot, statt sie zu beseitigen.

Kriegsvorbereitung

Wie wir jetzt erfahren, stürzte in der letzten Maiwoche in Augsburg bei einer Verdunkelungsübung ein schwerer Bomber ab. Das Flugzeug fiel in eine Abteilung des zur Sicherung der Bahnanlage aufgetretenen Bahnschutzes. Elf Tote und über 20 Schwerverletzte blieben auf dem Platze. Die Presse durfte darüber nichts berichten. Die Verdunkelungsübungen häufen sich. Die Organisation des zivilen Luftschutzes wird immer umfassender ausgebaut.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—), Dänzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland El. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postcheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad. Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad. Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.